Für Einigkeit, Demokratie und Humanismus!

Freundschaft

Zeitung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Kasachstans

Dienstag,
3. April 1990
Nr.63 (6 191)
25. Jahrgang
3 Kopeken

Aktuelles Interview

Der Anfang ist gemacht

Heinrich Scheck begann seine Arbeitstätigkeit 1984 nach der Absolvierung der Polytechnischen Hochschule Karaganda als Mechaniker im Kombinat für Stahlbetonfertigteile. Bald darauf stellte man ihn als Chefmechaniker ein. 1989 wählte das Kollektiv des Reparaturwerks (Teilbetrieb des Kombinats) ihn zum Chefingenieur und nach fünf Monaten zum Betriebsleiter. Unsere ehrenamtliche Korrespondentin Tamara PASCHINA bat ihn, einige Fragen über die Probleme und die Entwicklungsaussichten des Betriebs zu beantworten.

Die finanzielle Lage des Betriebs ist wie bekannt nicht gerade die beste. Sie haben als neuer Leiter erhebliche Summen von Geldstrafen „geerbt", die sie jetzt zurückzahlen müssen. Inwieweit sind Sie in dieser Hinsicht optimistisch gestimmt?

Allein wegen der nicht qualitätsgerechten Baggerreparatur waren dem Betrieb rund 100 000 Rubel Geldstrafen auferlegt worden. Das war ein harter Schlag: Die Einnahmen gingen spürbar zurück und der Arbeitslohn schrumpfte zusammen. Gegenwärtig sind die Geldstrafen zum Großteil getilgt, die Vertragsverpflichtungen werden eingehalten, und der Staatliche Standard hat die Liefersperre aufgehoben.

Was zählen Sie heute zu den wichtigsten Aufgaben des Betriebs?

Unser Betrieb ist der Alma-Ataer Staatlichen Aktienvereinigung für Projektierungsarbeiten im Maschinenbau unterstellt. Ähnliche Betriebe gibt es bei uns in Karaganda, Aktjubinsk, Uralsk, Alma-Ata und Dshambul. Dabei spezialisieren wir uns auf die Generalreparatur von Baggern und nehmen in dieser Hinsicht eine Art Monopolstellung ein. Darüber hinaus liefern wir auch Fertigerzeugnisse; zum Beispiel verschiedene Metallkonstruktionen im Auftrag von Baubetrieben für die Anlaufobjekte und Sonderausrüstungen für Betriebe des Staatlichen Baukomitees der Kasachischen SSR.

Nicht minder wichtig ist die Produktion der Betriebsgießerei. Sie liefert ihre Erzeugnisse an zahlreiche Industriebetriebe in verschiedenen Regionen unseres Landes. Wir haben zum Beispiel Bestellungen aus dem fernen Murmansk. Der Hauptauftraggeber ist aber der Trust „Kasmetallurgstrol".

Unsere wichtigste Aufgabe ist momentan die grundlegende Rekonstruktion des Betriebs. Zu diesem Zweck sind uns rund 6 Millionen Rubel bereitgestellt. Dabei soll der geplante Produktionsumfang keinesfalls verringert werden.

Unterhalten Sie zur Zeit auch Kontakte zu ausländischen Betrieben?

Gegenwärtig pflegen wir enge Zusammenarbeit mit Polen, und zwar mit dem Warschauer Betrieb für Außenhandel. Zur Zeit arbeiten bei uns drei Spezialisten aus diesem Land, die sich mit der Reparatur von Baggermotoren befassen. In nächster Zeit werden auch wir unsere Fachkräfte zur beruflichen Spezialisierung nach Polen schicken. Wir erwarten davon einen soliden Effekt. Außerdem haben wir auch im Inland gute Partner. Sehr nützlich ist für uns die Zusammenarbeit mit der Polytechnischen Hochschule Karaganda.

Was für Veränderungen haben die Umgestaltungsprozesse in der wirtschaftlichen Tätigkeit des Betriebs mit sich gebracht?

Unser Betrieb ist unter den neuen Wirtschafsbedingungen endlich selbständig geworden. Das Kollektiv kann jetzt frei über seine Mittel verfügen und mit beliebigen Betrieben in Kontakte treten. Das Kollektiv hat mich zu seinem Leiter gewählt, und das ist schon etwas ganz anderes, als wenn man in diese Funktion einfach von „oben" versetzt wird. Die Leute vertrauen mir, und ich weiß zugleich auch, daß ich auf sie bauen kann.

Mit der Erlangung von Selbständigkeit können wir jetzt der Entwicklung des sozialen Bereiches mehr Beachtung schenken. Heute haben wir die Möglichkeit, unseren Arbeitern Kredite für den Eigenbau zu gewähren, wobei sie davon nur die Hälfte zurückzuzahlen brauchen. Für die andere Hälfte kommt der Betrieb auf. Natürlich haben wir noch Probleme zu lösen, aber wir glauben, den Anfang schon gemacht zu haben. Die ersten Resultate zeugen davon. Und wenn sie auch noch bescheiden sind, so verleihen sie uns dennoch die Zuversicht auf eine erfolgreiche Lösung der Aufgaben, was uns helfen wird, mehr Mittel für die Entwicklung der sozialen Sphäre bereitzustellen.

Wirtschaftsleben kurzgefaßt

Rund 300 000 Rubel Reingewinn erwirtschaften jährlich die Geflügelzüchter des Sowchos „Sowjetski Kasachstan" im Rayon Shelesinka, Gebiet Pawlodar. Die Gänsefarm verkauft mehrere Tausend Küken an die Bevölkerung. In nächster Zukunft soll im Sowchos eine Pelztierfarm gegründet werden, die dem Betrieb noch zusätzlich über 200 000 Rubel Reingewinn erbringen wird.

In voller Bereitschaft ist die Bestelltechnik im Kolchos „Oktjabr", Gebiet Taldy-Kurgan. Die technische Kommission hat die Reparaturqualität als gut eingeschätzt. Gegenwärtig haben die Reparaturarbeiter und Mechanisatoren die Wiederherstellung der Mähdrescher in Angriff genommen. Auch diese Maschinen sollen genau nach Zeitplan überholt werden.

Mit eigenen Kräften haben die Arbeiter der Bau- und Reparaturverwaltung des Trusts „Kaszwetmetremont" von Ust-Kamenogorsk rund 70 Wohnungen im Rahmen des Programms „Wohnungbau '91" im Vorjahr errichtet. Gegenwärtig ist im Betrieb der Bau eines weitern Wohnhauses in vollem Gange. Allein Ende dieses Quartals werden noch 36 Arbeitsfamilien neue Wohnungen erhalten.

Appell des Präsidenten der UdSSR an den Obersten Sowjet der Litauischen SSR

Die gegenwärtige litauische Führung will der Stimme der Vernunft kein Gehör schenken, setzt sich nach wie vor über den Beschluß des III. (außerordentlichen) Kongresses der Volksdeputierten der UdSSR hinweg und unternimmt einseitig Aktionen, die im Widerspruch zur Verfassung der UdSSR stehen und für die gesamte Union einen herausfordernden und beleidigenden Charakter haben.

Ich möchte noch einmal erklären, daß dieser Weg verderblich ist, daß er nur in eine Sackgasse führt.

Ich rufe die Deputierten des Obersten Sowjets der Litauischen SSR auf, sich über diese Wahrheit und über ihre historische Verantwortung für die Interessen des Volkes Litauens — Litauer und Nichtlitauer —, für ihre Sicherheit und ihr Wohl sowie für die Geschicke der Demokratie in unserem ganzen Land und für die Stabilität in der Welt klar zu werden.

Ich schlage vor, daß die angenommenen rechtswidrigen Beschlüsse auf der Tagung des Obersten Sowjets der Litauischen SSR sofort außer Kraft gesetzt werden. Ein solcher Schritt würde die Möglichkeit bieten, den gesamten Komplex entstandener Probleme auf der einzig annehmbaren Grundlage — im Rahmen der Verfassung der UdSSR — zu erörtern.

M. GORBATSCHOW

Appell des Präsidenten der UdSSR an das Volk der Litauischen SSR

Geehre Bürger der Litauischen SSR!

Ich appelliere an Sie in einer für das Land schweren Stunde. Die Beschlüsse des Obersten Sowjets der Litauischen SSR vom 11. März dieses Jahres haben uns an eine kritische Schranke herangeführt. Die von der gegenwärtigen litauischen Regierung unternommenen Versuche, die Beziehungen der Republik zur Sowjetunion sofort zu unterbrechen, und die von ihr gewählte Taktik einseitiger und ultimativer Handlungen bedrohen das normale Leben und die Sicherheit des gesamten Volkes der Republik — der Litauer und Nichtlitauer — und rufen starke Besorgnis im Lande hervor.

Ist es etwa normal, wenn die Änderungen zur Verfassung, die die Geschicke der Republik und ihres Volkes bestimmen, die Interessen des ganzen Landes betreffen, auf Anhieb, ohne Konsultationen und Erörterungen, buchstäblich im Laufe einer Nacht beschlossen werden?

Der III. Kongreß der Volksdeputierten der UdSSR hatte den Obersten Sowjet der Republik aufgefordert, auf politische Unvernunft zu verzichten. Diese Aufforderung, gesunden Menschenverstand anzunehmen, erwiderte die litauische Führung mit einer Eskalation verantwortungsloser und gesetzwidriger Beschlüsse. Somit wird die Litauische SSR den anderen Unionsrepubliken und der Sowjetunion insgesamt entgegengestellt. Das untergräbt die historisch bestehenden Beziehungen und die Zusammenarbeit zwischen unseren Völkern.

Die Aktionen, die in Litauen eingeleitet werden, beruhen auf keinerlei logischer Grundlage. Sie werden gerade in der Zeit verwirklicht, in der wir tatsächlich auf demokratischer Grundlage mit der Lösung der Grundfragen der sowjetischen Föderation begonnen haben.

Was macht unseren Standpunkt aus? Die aufrichtige Treue zu den Ideen der freien und eigenständigen Entwicklung aller Völker unseres Landes sowie die Achtung ihrer legitimen Rechte auf Selbstbestimmung und Souveränität. Das trifft voll und ganz auch auf das litauische Volk zu.

Gegenwärtig versucht man Sie davon zu überzeugen, eine wahre Souveränität im Bestand der UdSSR sei ohne Bruch mit ihr unmöglich. Dabei werden zielsicher alte Kränkungen neu entfacht und düstere Seiten des gemeinsamen Lebens hervorgehoben. Ja, in unserer Vergangenheit hat es vieles gegeben, was wir beiderseitig durchkreuzen und ablehnen. Das stimmt nicht allein gegenüber dem litauischen Volk. Aber niemand wird heute der Politik der Umgestaltung vorwerfen können, daß ein Volk unseres Landes heute bewußt erhoben oder zielgerichtet erniedrigt wird.

Viele Jahre lang lebten wir in einem gemeinsamen Haus. Verdient denn diese Zeit, lediglich getadelt zu werden? Sind denn die litauische Literatur und Dichtkunst, Theater und Filmwesen, Musik und Architektur, Bildung und Sport in der Farbenpracht der sowjetischen Kultur verblichen und verlorengegangen? Hat sich denn Ihre Industrie und Landwirtschaft nicht in gemeinsamer Arbeit, nicht mit brüderlicher Hilfe anderer Republiken entwickelt? Hat Litauen selbst in schweren Augenblicken nicht die Hand der Freundschaft anderen gereicht? Ist denn die Verfassung der UdSSR, die Litauen als vollberechtigte Republik viele Jahre lang, gewissenhaft und akkurat befolgte, nicht auch durch die Stimmen der litauischen Bürger untermauert?

Die jetzigen litauischen Führer suchen Sie zu überzeugen, daß ihre separatistischen Handlungen sich nicht auf die ökonomischen, wissenschaftlich-technischen und sonstigen Beziehungen mit den anderen Republiken der UdSSR auswirken werden. Dem ist nicht so. Denn alle diese Beziehungen können sich nur in der günstigen Atmosphäre des Vertrauens und der gegenseitigen Hilfe, nicht aber in der Atmosphäre der Konfrontation und der Ultimaten, des unehrerbietigen Verhaltens zueinander und des zwischennationalen Zwistes normal entwickeln und Früchte bringen.

Das demonstrative Hinwegsetzen über die Verfassung der UdSSR, die Herausforderung der sowjetischen Gesetze und die Nichterfüllung der Unionsverpflichtungen stoßen auf die gerechte Empörung im ganzen Lande. Der Präsident der UdSSR, der Oberste Sowjet der UdSSR, die Regierung der UdSSR erhalten zahlreiche Briefe und Telegramme, in denen äußerste Besorgtheit und Befremden im Zusammenhang damit, was in Litauen vor sich geht, zum Ausdruck gebracht wird. Die Menschen fordern, die Verfassung der UdSSR in Schutz zu nehmen und die Union vor dem Schaden zu bewahren, den ihr die Aktionen der Separatisten zufügen. Es wird vorgeschlagen, effektive Maßnahmen wirtschaftlichen, politischen und administrativen Charakters zu ergreifen. In Belorußland und im Gebiet Kaliningrad wird die Frage der Rückerstattung der Litauen nach seinem Beitritt der UdSSR übergebenen Territorien aufgeworfen.

Kurzum, die Situation in und um die Republik hat einen dramatischen Charakter angenommen. Wenn man jetzt der Stimme der Vernunft kein Gehör schenkt, können die Ereignisse schwere Folgen für uns alle nach sich ziehen. Wir müssen in dem Bestreben einig sein, dies nicht zuzulassen.

Ich forderte den Obersten Sowjet der Litauischen SSR auf, die rechtswidrigen Beschlüsse sofort außer Kraft zu setzen. Ein solcher Schritt wird die Möglichkeit bieten, den gesamten Komplex entstandener Probleme auf der einzig annehmbaren Grundlage — im Rahmen der Verfassung der UdSSR — zu erörtern.

Ich hoffe, daß mein Appell bei den Bürgern der Litauischen SSR Unterstützung findet.

M. GORBATSCHOW

Neue Geschäftsverbindungen werden hergestellt

Unlängst ist im Fleischkombinat Balchasch eine neue Fellsalzerei ihrer Bestimmung übergeben worden. Bis zu dieser Zeit hat man die Felle unter Schirmdächern aufbewahrt, die aber wenig vor Wind, Regen und Sonne schützten. Die Felle verloren an Qualität und wurden von den Rauchwarenfabriken als zweit- oder drittklassig angenommen. Das Fleischkombinat trug jährlich 400 000 bis 500 000 Rubel Verluste davon. Der neue Produktionsabschnitt wird das Problem der langfristigen Aufbewahrung der Felle lösen. Er ist nach einem Typenprojekt errichtet worden. Der größte Teil der Arbeiten ist mechanisiert. Trotzdem werden hier auch die nichtstandardmäßigen Anlagen montiert, die im Projekt nicht vorgesehen sind. Das wird wesentlich die Arbeitsproduktivität erhöhen — monatlich wird man auf der Linie bis 6 000 Felle bearbeiten, deren größten Teil man nach Spanien liefern wird.

Um aber die Kapazitäten der neuen Linie völlig auszulasten, muß man die Arbeit aller Glieder der Produktionskette intensivieren. Deshalb wird eine große Rekonstruktion des Fleischkombinats vorgenommen, nach der die Produktion neuer Erzeugnisse aufgenommen werden wird. Das bedeutet für den Betrieb auch die Herstellung neuer Geschäftsverbindungen. So wird man zum Beispiel die Därme nach England liefern.

Wilhelm BÜCHLER
Gebiet Dsheskasgan

Auf Erkundungsrouten

Auf einer Fläche von 500 Quadratkilometern nördlich und östlich von Gurjew betätigen sich die Bohrbrigaden der Nord-Emba-Erdölschürfungsexpedition der Produktionsvereinigung „Gurjewneftegasgeologija". Sie haben einen riesigen Arbeitsumfang geleistet. Das Kollektiv hat 175 179 Meter Bohrungen niedergebracht und seine Fünfjahraufgabe mit elf Monaten Vorsprung bewältigt.

Gegenwärtig bringen zehn Brigaden hauptsächlich bis 2 000 Meter tiefe Bohrungen nieder. Die Hauptkennziffer der Schürfer — die Fünfjahrplanaufgabe des Zuwachses neuer Vorkommen — ist doppelt überboten worden.

Ein so rasches Tempo der Erkundungsarbeiten ist durch die gemeinsamen Bemühungen der Bohrer der Gurjewer Geophysikalischen Expedition, der Westkasachstaner Geophysikalischen Expedition für Sondenteste und des Sondertrupps für Gas- und Erdölvorratsberechnung abgesichert worden.

Unsere Bilder: Der Bohrmeister Utesch Mustafin aus der Nord-Emba-Expedition; die Bohranlage auf dem Gelände Ongar Wostotschny.

Fotos: KasTAG

Ein gutes Gespann

Das Karagandaer Werk für Heizausrüstungen und der Koktschetawer Betrieb für technische Bedienung des Agrar-Industrie-Kombinats „Borowoje" haben einen Vertrag über die Bildung einer Gemeinschaftsproduktion abgeschlossen. Laut Vertrag wird der Betrieb in Koktschetaw Heizkörper und samitärtechnische Ausrüstungen für das Agrar-Industrie-Kombinat sowie andere Baubetriebe des Gebiets produzieren.

Zur Zeit liefert das Karagandaer Werk verschiedene Werkzeugmaschinen, Gußteile und Materialien an die Koktschetawer. Letztere richten inzwischen eine neue Werkabteilung auf dem Betriebsgelände ein, die in den nächsten Wochen in Betrieb genommen wird.

Eugen KOCH
Gebiet Koktschetaw

Sitzung des Föderativen Rates

Der Föderative Rat beim Präsidenten der UdSSR ist am 30. März im Kreml zu seiner ersten Sitzung zusammengetreten. Entgegengenommen wurde ein Bericht des Vorsitzenden des Nationalitätensowjets des Obersten Sowjets der UdSSR, R. N. Nischanow, über die Erarbeitung von Entwürfen für die Rechtsakte, die darauf abzielen, die sowjetische sozialistische Föderation mit neuem Inhalt auszufüllen, die Kompetenzbereiche der Sowjetunion und der Unionsrepubliken abzugrenzen und deren Souveränität zu festigen. Es fand ein lebhaftes und ausführliches Gespräch zu diesen Themen statt. Die Mitglieder des Föderativen Rates stimmen überein, daß es notwendig ist, die Gesetze möglichst schnell anzunehmen, die die Interessen der Union und der Republiken harmonisieren und die Rechte der Bürger aller Nationalitäten schützen, in welcher Region des Landes sie auch immer leben mögen.

Der Föderative Rat erörterte allseitig die in der Litauischen SSR entstandene Situation und billigte die Maßnahmen des Präsidenten und des Ministerrats der UdSSR zur Erfüllung der Beschlüsse des dritten Kongresses der Volksdeputierten der UdSSR.

Große Besorgnis wurde darüber geäußert, daß die gegenwärtige Führung Litauens die Anforderungen der Verfassung der UdSSR und der Unionsbehörden hartnäckig ignoriert, sich immer mehr an die Position des Separatismus und des nationalen Egoismus klammert und entgegen den Grundinteressen des litauischen Volkes und der gesamten Bevölkerung der Republik handelt.

Im Hinblick darauf und unter Berücksichtigung der zunehmenden Beunruhigung der sowjetischen Menschen, die Briefe und Telegramme, darunter auch aus Litauen, an die zentralen Führungsorgane schicken, hat der Föderative Rat dem Präsidenten der UdSSR empfohlen, den Obersten Sowjet der Litauischen SSR aufzufordern, die von ihm angenommenen widerrechtlichen Akte aufzuheben und somit die Möglichkeit für die Erörterung der entstandenen Situation auf der einzig annehmbaren Grundlage — im Rahmen der Verfassung der UdSSR — zu eröffnen.

(TASS)

Kooperative fleißig am Werk

Das Kollektiv des Sowchos „50 Jahre UdSSR", Rayon Ubagan, arbeitet seit dem vorigen Jahr unter den Bedingungen der innerbetrieblichen Pacht. Hier sind Zweigkooperativen gebildet worden, an deren Spitze die von den Kollektivmitgliedern gewählten Vorsitzenden stehen. Der Sowchosdirektor wird jetzt Vorsitzender des Kooperativenrates genannt. Gleichzeitig leitet er die Arbeit des Finanz- und Verrechnungszentrums, zu dem die Planungsabteilung, die Buchhaltung und die leitenden Sowchosspezialisten gehören. Im vorigen Jahr haben nur die Tierzüchter beachtliche Erfolge erzielt. Die Dürre des vergangenen Sommers und die von ihr hervorgerufene Mißernte waren für die Feldbauern verlustbringend, und sie arbeiten zur Zeit auf Kredit. Unlängst, beim Besuch des Sowchos „50 Jahre UdSSR", machte ich mich mit der Arbeit dieser Kooperative ausführlicher bekannt.

Die erste Frage, die ich an den Leiter der Sowchosreparaturwerkstatt Wladimir Tomaruk, zugleich auch Vorsitzender der Kooperative „Remontnik" richtete, war, wie sich zur Zeit die Wechselbeziehungen zwischen den Produktionsabschnitten des Agrarbetriebs gestalten.

„Sie werden durch Verträge geregelt", erklärte er. „Dabei halten wir uns an die von unserem Finanz- und Verrechnungszentrum erarbeiteten Normativen. Die Ackerbau-, Tierzucht- und andere Kooperativen liefern uns ihre reparaturbedürftige Technik, die wir instand setzen und deren tadellose Arbeit für eine bestimmte Zeit garantieren. Falls wir die Auftragsausführungsfrist nicht einhalten, können unsere Kunden uns gegenüber finanzielle Strafsanktionen anwenden. Unsererseits können auch wir zu solchen Maßnahmen greifen, wenn sie ihre Vertragsverpflichtungen vernachlässigen."

„Und wie oft im Laufe des vergangenen Jahres sind solche Sanktionen schon angewandt worden?"

„Ehrlich gesagt, kein einziges Mal. Wir bemühen uns übereinzukommen und unsere Probleme gemeinsam zu lösen."

Eigentlich ist es für beide Seiten unvorteilhaft, es auf Konflikte ankommen zu lassen. Die Reparaturarbeiter sind an der Erhaltung ihrer Kunden interessiert, und letzte wissen, daß sie auch den Mangel an Ersatzteilen berücksichtigen müssen, den die Reparaturarbeiter verspüren. Wenn sie das nicht tun, müssen sie ihre Technik in anderen Reparaturwerkstätten reparieren lassen, das ihnen viel teurer kosten wird. Kurzum, jetzt wird nicht nur mit jedem Rubel, sondern auch mit jeder Kopeke hausgehalten.

Gerade durch dieses sparsame Umgehen mit den Geldmitteln und Grundfonds (um dadurch später mehr zu verdienen) unterscheidet sich die kooperative Form der Arbeitsgestaltung von der früheren, wo alle Aufwendungen vom Staat im Plan vorgesehen und finanziert worden waren. Zur Zeit wird aber der Arbeitslohn durch den Erlös als Element der wirtschaftlichen Rechnungsführung geregelt. Wohl eben deshalb waren im Sowchos schon im Januar alle Traktoren und Mähdrescher völlig einsatzbereit. Dazu mußten die Reparaturarbeiter sehr viel Aufmerksamkeit der Wiederherstellung einer großen Anzahl von Ersatz- und Bauteilen schenken. Da haben die Reparaturarbeiter sehr umfangreiche Erfahrungen angesammelt. Die Dreher Pjotr Gultjajew, Valentin Iwaschtschenko und Wladimir Ljubimow, der Schleifer Wladimir Babjuk und der Reparaturschlosser Fjodor Nekrassow geben sich recht viel Mühe, um die Technik rechtzeitig instand zu setzen.

Das Streben, neue Auftraggeber zu gewinnen, brachte die Reparaturarbeiter auf den Gedanken, sich auf die Überholung der knappen Landtechnik zu spezialisieren, solcher zum Beispiel wie die Futterverteiler. Damit beschäftigen sich die Reparaturschlosser Viktor Scheer und David Helwer, die diese Maschinen für alle Agrarbetriebe des Rayons reparieren. Die zusätzlichen Einnahmen von dieser Arbeit werden auf das Konto der Kooperative im Finanzverrechnungszentrum überwiesen.

Beachtlichen Gewinn bringt den Genossenschaftlern auch das Erbringen von Leistungen für die Bevölkerung. In der Reparaturwerkstatt können die Amateurfahrer ihre Baterien laden und auch andere Reparaturarbeiten verrichten lassen.

Dank dem schöpferischen Herangehen an die Arbeit hat diese Kooperative allein im vorigen Jahr mehr als 30 000 Rubel Gewinn auf ihr Konto gebucht. 7 200 Rubel davon beschloß das Kollektiv an seine Mitglieder als Zusatzlohn zu verteilen.

Konstantin ZEISER,
Korrespondent
der „Freundschaft"
Gebiet Kustanai

Im Obersten Sowjet der UdSSR

Zwecks Vervollkommnung der staatlichen Leitung im Bereich der nationalen Entwicklung und der zwischennationalen Beziehungen hat der Oberste Sowjet der UdSSR ein Staatliches Unions-Republik-Komitee der UdSSR für nationale Angelegenheiten gebildet.

Beschluß des Ministerrats der UdSSR

vom 29. März 1990 Nr. 305

Moskau, Kreml

Über die Entlassung aus den Streitkräften der UdSSR, den Grenz-, Innen- und Eisenbahntruppen von Armeeangehörigen, die die festgelegte Dauer des aktiven Wehrdienstes abgeleistet haben, in die Reserve und über die nächste Einberufung von Staatsbürgern zum aktiven Wehrdienst im April bis Juni 1990.

In Erfüllung des Gesetzes der UdSSR „Über die allgemeine Wehrpflicht" beschließt der Ministerrat der UdSSR:

1. Aus den Streitkräften, den Grenz-, Innen- und Eisenbahntruppen sind im April bis Juni 1990 Armeeangehörige des Grundwehrdienstes in die Reserve zu entlassen, die die festgelegten Fristen des aktiven Wehrdienstes abgeleistet haben.

2. Im Zusammenhang mit der Entlassung der im Punkt 1 des vorliegenden Beschlusses genannten Armeeangehörigen in die Reserve sind männliche Staatsbürger, die zum Einberufungstag 18 Jahre alt geworden sind und die kein Recht auf den Aufschub der Einberufung zum aktiven Wehrdienst haben, sowie Staatsbürger anderen Einberufungsalters, die das Recht auf Einberufungsaufschub eingebüßt haben, zum aktiven Grundwehrdienst in die Streitkräfte der UdSSR, die Grenz-, Innen- und Eisenbahntruppen im April bis Juni 1990 einzuberufen.

3. Der Beschluß ist in den Massenmedien zu veröffentlichen.

Vorsitzender des Ministerrats der UdSSR
N. RYSHKOW

Geschäftsführer des Ministerrats der UdSSR
M. SCHKABARDNJA

JUGENDFORUM

Wozu braucht die Berufsschule ein Testgelände?

Das Niveau der Berufsausbildung jedes jungen Fachmanns hängt vor allem davon ab, wie er es versteht, das ihm vermittelte Wissen in der Praxis anzuwenden. So manches Mal kommt ein Berufsschulabsolvent in die Produktion und weiß zwar, was theoretisch zu tun ist, aber es geht ihm einfach nichts von der Hand.

Der Grund dafür liegt auf der Hand. Oft ist für die Lehrlinge und Studenten im Lehrprozeß zu wenig Praxisarbeit vorgesehen, oder sie absolvieren ihr Praktikum nur der Form halber. Häufig stehen sie in den Werkhallen nur herum und beobachten andere bei der Arbeit. Um das Niveau der praktischen Ausbildung zu erhöhen, brauchen die Lehreinrichtungen eine eigene Basis zur Praxisausbildung, aber woher soll man diese nehmen?

Darüber hat man sich auch in der Berufsschule Nr. 13 in Stepnogorsk, wo Artur Krause als Direktor tätig ist, nicht wenig Gedanken gemacht. Das Kollektiv wartete nicht länger auf die Hilfe von Ministerien und zentralen staatlichen Behörden, sondern machte sich selbst ans Werk.

Im vergangenen Schuljahr hatte man mit der Ausbildung von Betonarbeitern begonnen, und da für ihre Praxisausbildung vorgesorgt werden mußte, entschied die Berufsschulleitung folgendes: Während das erste Lehrjahr sich mit Theorie befassen wird, sollen die älteren Lehrlinge, die Baufacharbeiter werden wollen, unter Anleitung erfahrener Lehrmeister die nötigen Werkstätten errichten. So werden gleich zwei Probleme gelöst — das erfolgreiche Praktikum der einen und die Basis für die anderen. In einiger Zeit sollen dann die zukünftigen Baufacharbeiter die Stadt mit Gehwegplatten, Fensterbögen und ähnlichem versorgen, und das Ziel ist schon nicht mehr fern.

Bereits heute ist die Berufsschule ein aktiver Helfer der Baubetriebe der Stadt. Zwölf verschiedene Artikel werden hier hergestellt, darunter Malerbottiche, Walzengriffe, Teile für das Wohnungsbaukombinat und vieles andere, was guten Absatz findet.

Natürlich gibt es zahlreiche Schwierigkeiten. Vor allem ist es schwer, sich die nötigen Materialien zu beschaffen. Auch in dieser Frage verläßt man sich nur auf eigene Kräfte. So kauft die Fachschule aus eigenen Mitteln Rohstoffe und Material und setzt die Fertigprodukte dann zu den entsprechenden Preisen ab. Die Erzeugnisse der Berufsschüler sind in der Regel guter Qualität. Die besten Artikel wurden schon auf Messen ausgestellt, zum Beispiel eine Garnitur Gartenmöbel.

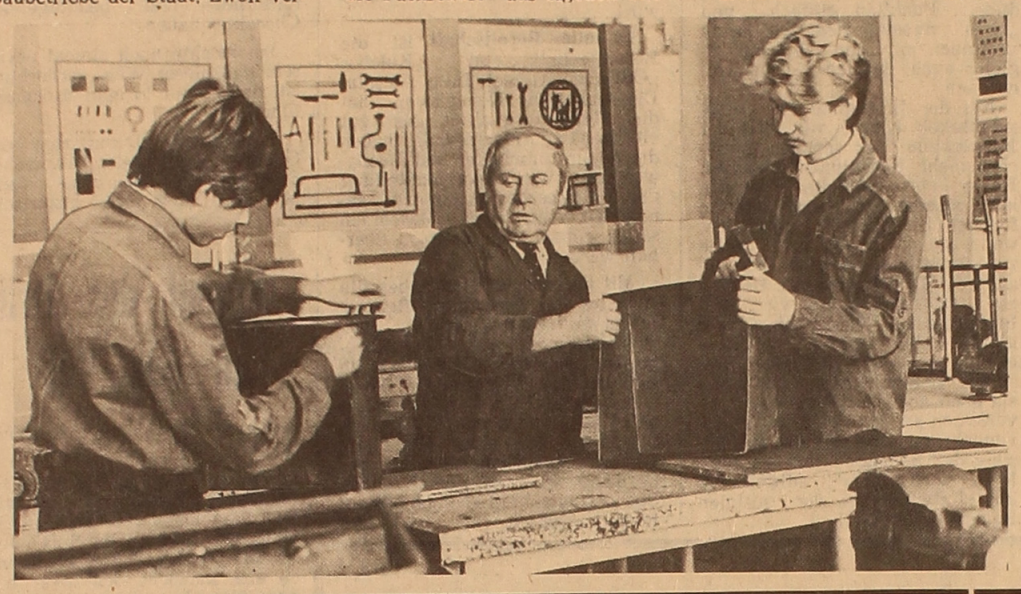
Auch das Problem des Wohnraums für das Personal will man in der Berufsschule selbständig lösen. Man denkt dabei an zwei Varianten: Es können entweder kleine Wohnhäuser oder Treppenabsätze in einem solcher Wohnhäuser errichtet werden. Auf diesem Objekt sollen gegen ein entsprechendes Entgelt die Lehrlinge ihr Praktikum absolvieren.

Ein besonderer Traum der Fachschulleitung ist die Einrichtung eines Übungsplatzes für Maurer und Monteure. Bisher gibt es noch nirgends in der Republik einen solchen Übungsplatz. Geplant ist der Bau eines mehrgeschossigen Hauses. Ein Treppenabsatz soll in Ziegelbauweise, ein anderer in Großblockbauweise errichtet werden. Das Haus wird natürlich nicht zur Nutzung übergeben, nach Bauabschluß folgt die Demontage. Es bleibt nur das Erdgeschoß, in dem eine Werkstatt für Verputzarbeiten eingerichtet wird. Lehrlinge, die ihr Praktikum auf einem solchen Übungsplatz gemacht haben, muß man dann auf der richtigen Baustelle nicht erst erklären, wo sie den Mörtel suchen müssen und wie die Ziegelsteine zu legen sind.

Wann werden die ersten Lehrlinge auf einem solchen Übungsplatz arbeiten können? Der tatkräftige Berufsschuldirekt o r hofft, daß es schon in zwei Jahren soweit ist.

Selbständigkeit — schon lange ruft man dazu auf. Besonders wichtig sind aber heute Beispiele dafür, daß in der Tat selbständig gedacht und gehandelt wird und nicht nur Worte darüber verloren werden.

Sergej NESTERENKO



Unser Bild: Während des praktischen Unterrichts in einer Werkstatt der Berufsschule.

Foto: Viktor Krieger

Die erste Stufe der Pädagogik

Alle Studenten im 3. Studienjahr an der Pädagogischen Krupskaja-Hochschule Semipalatinsk wurden von Anfang an mit dem ganzen Lehrprogramm des Jahres bekanntgemacht. Sie wußten um das pädagogische Praktikum in den Schulen der Stadt, das ihnen bevorstand. Was fühlten sie vor der Begegnung mit den Kindern? Unruhe, Ungeduld? Vielleicht beides? Sie sammelten eifrig Material, hörten in den Vorlesungen aufmerksam zu, blätterten verschiedene Bücher durch. Sie nutzten auch Informationen aus Zeitschriften und Zeitungen aus.

Eigentlich hatten die Studenten alles bereit. Doch es war nur Theorie, und nun begann auch die Praxis.

Um den Leser mit der Arbeit der künftigen Pädagogen vertraut zu machen, möchte ich eine der zukünftigen Lehrerinnen etwas näher vorstellen.

Marina Shicharewa wird nach der Hochschulabsolvierung den Schülern Sportunterricht erteilen. Sie liebt die Kleinen sehr und ist überzeugt, daß auch jene sie unbedingt liebgewinnen werden.

Und nun schlug man ihr vor, die 5. „B" in der 4. Schule zu übernehmen.

Die Kinder wandten sich auch gleich an sie. Auf Schritt und Tritt hieß es: „Marina Dmitrijewna!" Überall, von allen Seiten Fragen über Fragen... Und sie mußte ja darauf unbedingt Antwort geben. In der Gebietsbibliothek war sie ein ständiger Besucher.

Marina Shicharewa machte sich mit ihrer Klasse, der 5. „B" allmählich bekannt. Sie lernte die Mädchen und Jungen besser kennen, sah die Charakterzüge jedes Einzelnen deutlicher.

Wie alle ihre Studienfreunde war sie während des Praktikums Organisator und Erzieher. Vieles mußte sie sich selbst ausdenken, schöpferisch entwickeln und mit Phantasie anwenden. Und die Schüler halfen ihr immer gern. Das Spiel „Sarniza" an der frischen Luft, die „Fröhlichen Starts", der Schlittschuhlauf „Das Eis — unsere Hoffnung", der Wettbewerb des politischen Plakats und natürlich auch der humorvolle Wettkampf „Gentleman 90" (der Sieger bekam eine goldene Krone und eine Siegerschärpe), ließen niemand e n gleichgültig.

Die Jungens der 5. „B" Vitali Bannych, Andreas Reisler, Artjom Baschkirow, Denis Busanow und andere liefen gern um die Wette. Andere Schüler tanzten, beteiligten sich am „Wettbewerb der Komplimente" usw. Die jungen Maler übten sich in ihrer Lieblingsbeschäftigung. Bald wurden auch die Schöpfer der besten Bilder dem Publikum vorgestellt. Das waren die Fünfklässerinnen Olga Laritschewa, Anastasija Borissowa, Arsu Inipajewa.

Und nun kam die Stunde des Abschieds. Fünf Wochen sind rasch verflossen. Vor Marina stehen ihre lieben Mädchen und Jungen der 5. „B" und glauben nicht, daß ihre Marina Dmitrijewna sie verläßt, daß sie als Studentin jetzt weder in die Hörsäle der Hochschule zurück muß, um ihr Studium fortzusetzen.

Die erste kleine Stufe der großen Pädagogik war erfolgreich bewältigt. Und wie viele sind noch vor ihr! Darunter werden gewiß sowohl Schwierigkeiten als auch gute Leistungen sein.

Elvira SCHICK

Semipalatinsk

In der Avantgarde sein

Die Lehren der Demokratie fallen der Jugend nicht gerade leicht. Ein Zeugnis dessen sind die Ergebnisse des am 30. März in Alma-Ata zu Ende gegangenen Republikkongresses des Komsomol. Seine Arbeit wurde um einen Tag verlängert. Aber auch das erwies sich als ungenügend für die Erörterung und Verabschiedung des Grunddokuments — des Statuts des Komsomol, dessen Entwürfe vorher in den Jugendzeitungen veröffentlicht worden waren. Es wurde beschlossen, die Vollmachten der 1 311 Delegierten zu verlängern, damit sie sich noch einmal nach dem XXI. Kongreß des Komsomol versammeln und seine Grunddokumente verabschieden könnten.

Der Kongreß beschloß, in Städten und Dörfern Komsomolsubbotniks durchzuführen und Geldmittel für die Durchführung der zweiten Runde des Kongresses zu verdienen. Er wird im Sommer stattfinden.

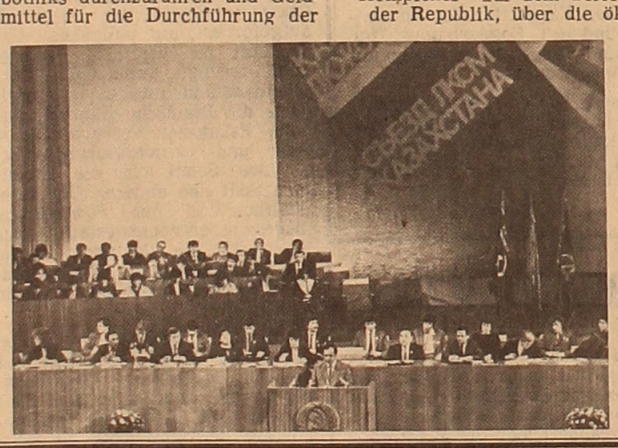
Es wurden 12 Resolutionen gefaßt, die die Ansichten der Jugend über die im Leben der Republik wichtigsten Fragen widerspiegeln. Darunter ist die Resolution über die Plattform des Komsomol Kasachstans auf dem XXI. Kongreß des Unions-Komsomol, die die auf den Gebietskonferenzen gewählten Delegierten verteidigen werden.

Es wurden auch Resolutionen über das Kernwaffentestgelände Semipalatinsk und über andere Objekte des Militär-Industrie-Komplexes auf dem Territorium der Republik, über die ökologischen Probleme, die Dezember-Ereignisse des Jahres 1986 in Alma-Ata und über die Fragen der Beziehungen mit der KPdSU erörtert.

Durch die Resolution „Über die Ordnung der Wahl des Büros und des Sekretariats des ZK des Komsomol, über die Funktionen und die Vollmachten des Büros, der Sekretäre und des Apparats des ZK des Komsomol Kasachstans" wurde zum ersten Mal die Ordnung der Wahl des 1. Sekretärs des Komsomol Kasachstans durch geheime Abstimmung auf dem Kongreß festgelegt. Zum 1. Sekretär wurde I. Tasmagambetow gewählt. Am selben Tag fand das Plenum der neuen Zusammensetzung des ZK des Komsomol Kasachstans statt, der eine Organisationsfrage erörterte.

Nach dem Kongreß fand ein Treffen der Delegierten mit der Partei- und Staatsführung der Republik statt. Die gestellten Fragen beantworteten U. K. Karamanow, Vorsitzender des Ministerrats der Kasachischen SSR, sowie Leiter einer Reihe von Ministerien und anderen Zentralorganen der Republik.

(KasTAG)



Unsere Bilder: Im Sitzungssaal des Kongresses; Diskussionen dauerten auch in den Pausen fort.

Fotos: Wladimir Albrecht

Denkanstöße

Jugend, wir brauchen dich!

Immer häufiger bekommen wir Berichte über Gewaltakte, über die steigende Aggressivität der Jugendlichen zu lesen. Unsere erste und persönlichste Reaktion darauf: ein Angstschauer läuft uns den Rücken hinunter. Die Redaktion erhielt von einem Rentner folgenden Brief, der uns betroffen machte. Aber nicht mit allen Schlußfolgerungen des Autors konnten wir uns einverstanden erklären.

Was meint Ihr zu diesem Brief?

Was sind das für junge Menschen, die zu solchen Taten fähig sind?

Was kann und muß gegen diese Erscheinungen getan werden?

In unserem Sowjetland hat die Jugend Recht auf Bildung, Arbeit, medizinische Betreuung. Mit einem Wort: Alles steht ihr offen. Die meisten jungen Leute beteiligen sich an der Umgestaltung unserer Gesellschaft. Daneben gibt es auch leichtsinnige und sehr schlecht erzogene Subjekte, von denen man nichts Gutes erwarten kann. Hier möchte ich von einem unangenehmen Vorfall berichten, der mir neulich passierte.

Eines späten Abends ging ich nach Hause. An einer Ecke standen acht Jungen im Alter von 14 bis 19 Jahren. Plötzlich traten sie auf mich zu, und einer von ihnen sprach mich an: „He, Alter, gib uns was zu rauchen."

„Jungs, ich bin kein Raucher", antwortete ich ihnen.

Urplötzlich schrie einer von ihnen auf, und alle acht stürzten auf mich. Zum Glück lag mein Haus nah von dieser Ecke, so konnte ich ihnen entweichen. Aber die Burschen warfen mit Steinen nach mir. Den nächsten Tag fühlte ich mich seelisch und körperlich ganz schlimm. Einen dieser Jungen erkannte ich bald und hatte mit seinen Eltern ein ernsthaftes Gespräch. Seine Eltern wollten aber nicht einsehen, wie schlecht ihr Sohn erzogen ist.

Manche Eltern können nicht begreifen, warum sich ihre Kinder so ekelhaft benehmen. Ich bin der Meinung, die schlechte Erziehung liegt daran, daß die Kinder zur Zeit sehr verwöhnt sind. Oft denke ich dabei an meine Kindheit. Wenn unsere Eltern uns etwas kauften — Hosen, Schuhe oder Kleider — waren wir immer zufrieden und freuten uns sehr darüber. Jetzt wollen die Kinder nicht jede Hose oder Schuhe tragen. Auch wollen manche Kinder nicht arbeiten und liegen ihren Eltern auf der Tasche. So werden meiner Meinung nach Verbrecher erzogen. Das führt auch zum Schmarotzertum, zur Rauschgift- und Trunksucht. Ich denke, nur wir Eltern sind an der schlechten Erziehung der Kinder schuld. Ich möchte sehr, daß unsere Jugend nur Gutes tut und eine gesunde Lebensweise führt. Wir brauchen ja die Jugend so sehr bei der Umgestaltung unseres Sowjetlandes!

Johann MARTIN,
Rentner

Gebiet Tschimkent

Vom Scheitel bis zur Sohle

Möchtet ihr eine modische Kurzhaarfrisur?

Die Palette der modischen Kurzhaarfrisuren reicht vom superkurzen, sportlichen, fransigen Haarschopf bis zur klassischen oder voluminösen Gestaltung.

Oberstes Gebot in der Mode ist jedoch die Harmonie!

Für den notwendigen, dauerhaften Halt empfiehlt sich für die Kurzhaarfrisur eine Ansatzwelle. Bei längeren Haaren dagegen ist eine chemische Umformung in Spiralwicklung notwendig.

Farbtupfer bringen Bewegung in die Linien. Alle bekannten Mellerungen, die ein sanftes Ineinanderfließen mehrerer Haarfarben ergeben, sind aktuell. Bündchenaufhellungen werden besonders empfohlen. Man tönt und färbt in kräftiger Farbgebung von hell bis dunkel.

Nun, was sagt ihr zu unseren Vorschlägen?

Fotos und Text (gekürzt) aus: Frisur und Kosmetik (DDR).

Bekanntschaft per Post

Suche einen Briefpartner(in) in der Sowjetunion. Ich interessiere mich für seltene Handwerke und biologischen Gartenbau.

Beate Reierhof
Postfach 0717
8440 Straubing
BRD

Der quadratische Mond

„Memoiren" eines ehemaligen Studenten

Im Dekanat des Fremdsprachenlnstituts Alma-Ata wurden nach der Immatrikulation Wohnzimmer für zugereiste Studenten verteilt.

„Du wirst zusammen mit einem gewissen Lach oder Bach wohnen", teilte mir die Sekretärin mit. „Da hast du Schwein: Die Deutschen sind ein ruhiges, akkurates Volk".

Es stellte sich heraus, daß in unserem Institut in meinem Studienjahr deutsche Studenten dabei sein werden! Das war eine ziemliche Überraschung für mich. Unterwegs zum Wohnheim stellte ich Begrüßungssätze zusammen: ‚Hallo! Ich heiße Igor. Und wie heißt du? Wie geht es dir? Was gibt es dir? Was gibt es Neues in Berlin?'

Auf dem Fußboden des Zimmers Nr. 214 sah ich ein halbes Dutzend üppige Beutel. Auf dem Tisch lag allerlei ländliche Kost: Speck, Gläser mit „Schmant", mit eingemachtem Fleisch, Konfitüre und Salzgurken. Bald darauf trat eine große gestreifte Matratze ins Zimmer. Hinter der Matratze guckte ein blonder Kopf mit abgeschuppter Nase hervor.

„Wirst du auch hier wohnen?" fragte mich der Unbekannte.

„Ja, ich beziehe auch dieses Zimmer. Übrigens, mein Name ist Igor, und wie ist deiner?"

„Ich heiße Viktor. Du mußt jetzt Bettwäsche holen, solange die Verwalterin noch da ist", sagte mein Zimmerkamerad geschäftig.

Nachdem wir unsere Stube ein wenig in Ordnung gebracht hatten, hielten wir Mittagessen.

„Hör mal, was für ein Deutscher wird zu uns ziehen?" fragte ich Viktor.

„Weiß nicht, ich habe gehört, daß ein Kasache zu uns kommen soll".

„Aber man hat mir im Dekanat gesagt, daß wir mit einem Deutschen namens Koch oder Hoch wohnen werden".

„Nicht Koch, sondern Loch. Der bin ich selber".

Mißtrauisch blickte ich Viktor an. Seine sich von Sonnenbrand schuppende Nase, die formlose Hose und die Latschen, „made in" der Alma-Ataer Fabrik „Dshetyssu", entlockten mir ein ironisches Lächeln und brachten auf den Gedanken, daß mein Nachbar aber ein Spaßvogel sei.

„Und ich bin Chinese", scherzte ich plump.

Viktor putzte sich mit einem Zeitungspapier die fettigen Hände und holte aus der Hosentasche seinen Personalausweis hervor.

Alles stimmte! In der Spalte „Nationalität" stand akkurat „Nemez" (Deutscher).

„Hast du einen deutschen Vater?"

„Jawohl".

„Hat dein Vater deine Mutter in der Sowjetunion geheiratet?"

„Ja. Meine Mutter ist auch Deutsche".

„Was? Sind deine Eltern politische Emigranten? Kommunisten? Rotfrontkämpfer?"

„Nein, sie sind parteilos, sie wurden hier geboren".

„Und ihre Eltern, deine Großeltern, wo kommen sie her?"

„Sie kommen auch von Rußland, sie hatten in der deutschen Republik an der Wolga gelebt".

„Ich verstehe nicht ganz, was für eine Republik du meinst".

„Die autonome Republik der Wolgadeutschen, die es bei uns vor dem Krieg gegeben hat".

„Das kann aber nicht wahr sein, Mensch. Ich habe 13 Jahre lang an der Wolga in Wolgograd gelebt, habe in der Schule in der Geschichte eine gute Vier gehabt. Von so was habe ich aber nie gehört. Willst du mir wohl ein Märchen auftischen? So wirst du bald behaupten wollen, daß der Mond quadratisch sei", lachte ich auf. Um das Gespräch zu diesem Thema abzubrechen, schaltete ich das Radio an der Wand ein. Eine pathetische Stimme aus dem Lautsprecher las ein Kapitel aus dem Werk des Generalsekretärs des ZK der KPdSU Genossen Breshnew „Das Kleine Land" vor...

Zwei Jahre lang wohnte ich mit Viktor Loch in einem Zimmer im Studentenheim des Fremdspracheninstituts, Kurmangasystraße 150. Unser dritter Zimmerkamerad war Sagidulla, ein Kasache, den wir einfach Sascha nannten. So war unser Zimmerchen eine multinationale Kommune. Zu dritt studierten wir im gleichen Studienjahr und führten unsere gemeinsame Studentenwirtschaft. Oft, wenn die Kasse unserer Kommune leer war, entluden wir zu dritt auf der Bahnstation Alma-Ata 1 Eisenbahnwagen. Im Trio besuchten wir auch Kino und Theater sowie die „Selbsttränken", wie der Volksmund die vor dem antialkoholischen Regierungserlaß in Alma-Ata an jeder Ecke stehenden Bierausschaukautomaten nannte.

Vitja Loch unterschied sich von Sagidulla und mir nicht nur durch blondes Haar und blaue Augen, sondern auch durch seine bäuerliche Wirtschaftlichkeit. („Sascha, von welcher Farbe sollen wir uns die Bettvorleger kaufen?"

„Ich weiß es nicht. Frage lieber den ‚Opa'. Er weiß Bescheid".

„Vitja, was meinst du, welche Bettvorleger würden am besten zu unseren Betten passen?"

Nach einer längeren Pause stellte Viktor uns die rhetorische Frage: „Habt ihr wohl zu viel Rubel, Jungs?" und es langte zu, um uns von der Überflüssigkeit des entstandenen Problems zu überzeugen.)

Viktor war jünger als Sagidulla-Sascha und ich, aber wir benannten ihn „Opa" wegen seiner Sparsamkeit, Besonnenheit und insbesondere wegen seiner Art, sich zu kleiden. Er kleidete sich damals „kolchoshaft", das heißt, ganz bescheiden, anspruchslos. „Opa" nahm sich aus der bunten Menge unserer Kommilitonen durch eine traurigdunkle sackförmige Hose und ein kariertes Hemd asketischer Schattierung heraus, deren Knöpfe stabil bis zum Hals zugeknöpft waren. So war er in seinem Heimatdorf Karbyschewka im Gebiet Karaganda herumgegangen. Auch in Alma-Ata blieb er seiner Hülle treu.

Viktor war von Natur aus ruhig und ausgeglichen. Er mied alle Schlägereien, die in unserem Wohnheim ab und zu unter den Studenten vorkamen. „Ab und zu" — das heißt an den Tagen, wenn wir das 40-Rubel-Stipendium bekamen. Viele unserer künftigen „Pädagogen" und „Deutschlehrer" pflegten sich damals nach Erhalt des Stipendiums kräftig zu besaufen. Das Trinken gehörte zum Studentenleben und wurde bei vielen groß geschrieben. Bei solchen Feten kam es oft zu Streitereien unter den Burschen, und man kam mit allen Problemen dabei gewöhnlich durch Betätigung der Fäuste ins Klare. Die Initiatoren solcher Schlägereien waren meistens die Jungs, die den Ehrendienst in der Sowjetarmee hinter sich hatten. Diese hatten ins Studentenleben ihre K sernensitten und -bräuche mitgebracht, wie zum Beispiel die „Zucht" jüngerer Kommilitonen: Die „grünen" Studenten hatten die älteren zu bedienen. Erpressung von Geld von jüngeren Studenten war in unserem Wohnheimsmilieu gang und gäbe. Im Studentenjargon hieß es damals „Melken". Eine Gruppe angetrunkener Studenten des dritten und vierten Studienjahres stürzte sich in die Zimmer der „Grünen" und begann sie zu „melken". Man legte auf den Tisch eine 20-Kopekenmünze und „bat" jemand von den Zimmereinwohnern, in einen Laden zu gehen und dort eine Flasche Wodka (vor zehn Jahren gab es keine Probleme damit), einen Brot und ein paar Dosen Fischkonserven zu kaufen. Man sollte dazu noch 50 Kopeken Rausgeld mitbringen. Manche haben die „Bitte" der älteren „Kameraden" gehorsam aufgefüh Widerspenstige wurden verprüg und dann für immer in Ruhe gelassen. Sich darüber bei der Institutsleitung zu beschweren, galt unter den Studenten als amoralisch.

Unser „Opa" Loch hätte es gewiß vorgezogen, beim „Melken" Tribut zu zahlen. Aber unser Zimmer wurde jedoch von „Abgaben" befreit, nachdem wir rebelliert und uns gegen sieben Gefreite und Sergeanten a. D. gewehrt hatten. Die Kräfte und Schlägereierfahrungen waren gewiß nicht auf unserer Seite.

Außer Viktor Loch gab es in unserem Studienjahr (es hatte etwa 120 Studenten) noch acht deutsche Mädchen, die aus verschiedenen Teilen Kasachstans stammten. Viktor war ein guter Student. Seine Dialektkenntnisse halfen ihm sehr beim Erlernen der deutschen Literatursprache, denn in Viktors Familie wurde „Wolgadeutsch" gesprochen.

Im zweiten Studienjahr 1979 bescherte mir der Himmel ein phantastisches Glück: Meine Kandidatur wurde zum Vollstudium in der DDR vorgeschlagen! Das gleiche Glück, in der DDR studieren zu dürfen, wurde auch einem kasachischen Mädchen zuteil. Wir beide verließen im Juli 1980 unsere Alma mater zu Alma-Ata und fuhren nach Jena. Vorher waren vier Jahre lang je zwei Glückspilze von der Fakultät für deutsche Sprache zum Studium an den Universitäten in Berlin und Jena delegiert worden.

Wir zwei wurden von allen Studenten der Fakultät auserwählt und in die DDR geschickt, obwohl es unter unseren Kommilitonen genügend begabtere und tüchtigere Streber gab. Viktor Loch gehörte auch zu ihnen.

„Es hat sich in unserem Lande so eingebürgert, daß Deutsche, Juden und Koreaner nicht zum Studium ins Ausland geschickt werden", hat mir viel später ein Bekannter von mir — ein kleiner Parteifunktionär — im Vertrauen mitgeteilt.

„Ist ja auch selbstverständlich", meinte er lächelnd.

Ich lächelte auch.

Ich war glücklich, ein Russe zu sein.

Igor TRUTANOW,
Korrespondent
der „Freundschaft"

Neues Jugendzentrum

Zu einem Zentrum der Erziehungs- und Massenarbeit wurde in der Zentralsiedlung des Sowchos „Ksyltu", Rayon Ksylkoga, Gebiet Gurjew, das neue Haus der Landjugend. Für die jungen Landbewohner haben hier ein Musik-, und Sportsaal und ein Cafe ihre Türen geöffnet. Es wurden bereits Treffen mit Veteranen des Krieges und der Arbeit sowie Afghanistan-Kämpfern organisiert. Aber auch Feierlichkeiten, Komsomolhochzeiten und Sportveranstaltungen — wie Schachturniere — finden hier statt.

Gegenwärtig wurde das Haus der Landjugend im Rahmen der Wahlkampagne gewissermaßen zu einem Wahlklub. Bei einer Tasse Tee treffen sich die Dorfbewohner hier mit Deputierten der örtlichen Sowjets, Funktionären aus dem Rayon und Leitern des Agrarbetriebes. In den Diskussionsrunden werden Probleme der Umgestaltung, Angelegenheiten des Sowchos und des Rayons erörtert. Dazu werden auch die Einwohner der Nachbardörfer eingeladen.

Iwan CHROMOW

Gebiet Gurjew

Aus aller Welt

PANORAMA

NVA alternativ – Zivildienst beginnt im Mai

Rund 15 Prozent der jungen Männer wollen als Alternative zur NVA ihr Recht auf Zivildienst wahrnehmen. Diese Tendenz zeichnet sich bei den gegenwärtigen Musterungen und Einberufungsüberprüfungen ab. Darauf verwies der Sektorenleiter Recht und Öffentlichkeitsarbeit, Klaus Pollmer, vom für den Zivildienst zuständigen Ministerium für Arbeit und Löhne in einem ADN-Gespräch. Hinzu kämen etwa 14 000 Erklärungen von Wehrdienstleistenden NVA-Soldaten, in das per Regierungsverordnung neugeschaffene Dienstverhältnis übernommen zu werden. Man rechne jedoch damit, daß sich deren Zahl auf 30 000 bis 40 000 erhöhen wird.

Demgegenüber stünden derzeit zwischen 23 000 und 25 000 Zivildienstplätze zur Verfügung. Damit sei schon jetzt klar, daß nicht alle jungen Männer erstmals am 7. Mai ihren Zivildienst antreten können. Ein Teil von ihnen müsse zu einem späteren Zeitpunkt herangezogen werden. Entsprechend dem Grundsatz, wonach der Zivildienst sozialer Dienst am Volke zu sein hat, würden die 18- bis 23jährigen beispielsweise bei der Kranken- und Seniorenpflege, der Rentner- und Rehabilitandenbetreuung, in der Stadtwirtschaft, zur Grünanlagenpflege und zu Deponierarbeiten, in der Forstwirtschaft sowie für den Natur- und Umweltschutz eingesetzt.

Klaus Pollmer hob die völlige Gleichstellung von Zivil- und Wehrdienst hervor. Davon zeuge nicht nur die Dauer von jeweils einem Jahr. Auch die Dienstbezüge von 250 Mark, die sich vom 9. bis 12. Monat auf 300 Mark erhöhen können, entsprächen denen der NVA. Möglich seien auch Erschwernis- und Schichtzuschläge. Auch an Mietzuschüsse sei gedacht. Während der Soldat kostenfrei in der Kaserne untergebracht ist, können für den Zivildienstleistenden, der in der Regel in unmittelbarer Nähe seines Wohnortes eingesetzt wird, durchaus Kosten entstehen. Bei der Wiederheranziehung, die laut Verordnung bis zum 30. Lebensjahr für dreimal zwei Monate erfolgen kann, wolle man sich an der Häufigkeit des Reservistenwehrdienstes bei der NVA orientieren. Geregelt sei auch die disziplinarische Verantwortlichkeit. So müßte unbegründetes Fernbleiben vom Dienst ab sechs Stunden mit einem Tag nachgedient werden.

Die Zivildienstregelung in der DDR steht in dem Ruf, zu den liberalsten in der Welt zu gehören. Dazu Klaus Pollmer: Das beziehe sich vor allem auf den Verzicht einer Glaubens- und Gewissensprüfung bei den Antragstellern, „was ohnehin keine weltliche Macht könne". Eine formlose Erklärung, die die Entscheidung für das Dienstverhältnis begründet, den Einsatzwunsch und vorhandene Fachkenntnisse angibt, genüge, damit der junge Mann sein verbrieftes Recht wahrnehmen kann. Auch sei es in der DDR nicht möglich, Zivildienstleistende für einen Wehrersatzdienst einzusetzen. Beispielsweise könnten „Zivis" in der BRD, deren Dienstzeit mit 20 Monaten ohnehin länger als der Wehrdienst ist, im Verteidigungsfall zu Arbeiten für die Bundeswehr herangezogen werden. All das sollte man bedenken, wenn im deutschen Einigungsprozeß eine Rechtsangleichung ins Haus steht, meinte der Sektorenleiter. Mit der Zivildienstverordnung habe die DDR einen ganz konkreten Beitrag zur Abrüstung geleistet.

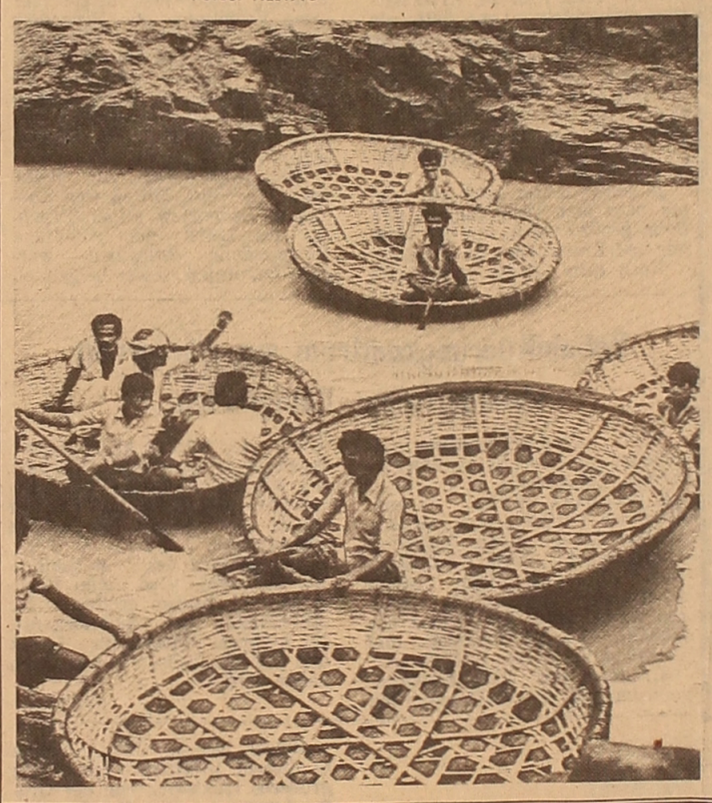
Im Objektiv: Indien

Amritsar, die „geistige Hauptstadt" der Sikh, wurde 1572 gegründet. Sikh-Tempeln begegnet man in der Stadt überall. Das größte Heiligtum für jeden Sikh ist der riesengroße goldene Tempel (Bild oben).

Nach altem Brauch trägt ein Teil der Sikh, die zur militanten Religionsgemeinschaft der Nihang gehören, ihre Waffen immer mit sich (Bild rechts).

Die alljährliche Messe des Volksschaffens in einem Vorort von Delhi ist ein wahres Fest der Farben und eine Schau einmaliger, mit den Händen der Könner aus dem Volke geschaffener Kunstwerke. Das einzigartige Transportmittel — korbähnliche Baumbusboote, die Interessenten zum Wasserfall Hogenakkal an der Grenze von Tamil Nadu und Karnataka befördern (Bild unten).

Fotos: KasTAG



Wo Cruzeiro nicht gleich Cruzeiro ist

Orientierungshilfe für den brasilianischen Währungsdschungel: Wer alte Cruzeiros in Cruzados umrechnen will, muß drei Nullen wegstreichen. Wer wissen möchte, wieviele Cruzado Novo seine Cruzado-Scheine wert sind, muß abermals drei Nullen wegstreichen. Bis hierher hört sich das noch relativ einfach an. Wie erklärt es sich aber, daß der Unterschied zwischen Cruzeiro und Cruzeiro sechs Nullen beträgt? Nicht nur Ausländer verzweifeln an diesem Notensalat, auch so mancher Brasilianer kommt mit den vielen bunten Scheinen durcheinander.

Vier verschiedene Währungen innerhalb von fünf Jahren müssen erst einmal verkraftet werden. Kenntnisse eines Numismatikers sind vonnöten, denn die meisten Noten und Münzen der letzten drei Währungen sind noch gültig und in Umlauf. Seit einigen Tagen heißt die offizielle Währungseinheit wieder Cruzeiro, genauso wie vor dem März 1986. Danach folgten dann Cruzado und Cruzado Novo, die jeweils um drei Nullen „abmagerten". So kommt es eben, daß den heutigen Cruzeiro von seinem Namensvetter sechs Nullen unterscheiden. Mit anderen Worten: Ein neuer Cruzeiro ist eine Million alter Cruzeiros wert. Leider steht das aber nicht auf den Scheinen. Und so muß man aufpassen, daß man Zahlen, Farben und Symbole nicht verwechselt. Auch runde und viereckige Stempel auf den alten Scheinen müssen beachtet werden. Unterschiedliche Zahlenaufdrucke können durchaus gleiche Werte darstellen. Das Verwirrspiel wird übrigens in den nächsten Tagen noch größer, denn dann kommen neue Cruzeiro-Noten und -münzen in Umlauf.

Nach der jüngsten Währungsreform vom 15. März blieb äußerlich fast alles beim Alten. Es gab kein weiteres „Nullenstreichen". Die Cruzados und Cruzados Novos heißen jetzt Cruzeiros. Warum dann überhaupt die neue Währung?

Mit der Reform wird unter anderem beabsichtigt, die verfügbare Geldmenge drastisch zu verringern. Dazu hat man rund 70 Prozent aller Bank- und Spareinlagen der Bürger und Unternehmen für zunächst einmal 18 Monate eingefroren — natürlich verzinst. Nach aktuellen Schätzungen wurden mehr als 100 Milliarden Dollar vorübergehend dem Zugriff ihrer Besitzer entzogen. In der Vergangenheit immer wieder von Kreislaufstörungen geplagt und vom Inflationsfieber geschüttelt, soll der neue Cruzeiro nach der nunmehr verordneten Hungerkur eine gesunde Währung werden. Geld ist also knapp und das ist Absicht. Zwangsläufig wird relativ wenig gekauft, die ersten Preise fallen. Wenn diese Tendenz anhält, dürfte die Hyperinflation von vorher 70 und mehr Prozent im Monat erheblich zurückgehen.

Doch inzwischen mehren sich in der Wirtschaft auch warnende Stimmen. So können nach Einschätzung des Industrieverbandes che Unternehmen aufgrund der von Sao Paulo (FIESP) zahlreieingefrorenen Guthaben zum Monatsende Löhne und Gehälter nur teilweise oder gar nicht auszahlen. Allein durch die Verkaufseinnahmen könnten die nötigen Mittel nicht aufgebracht werden. Wie es heißt, sind rund 90 Prozent der Betriebe handlungsunfähig. Noch fehlt eine offizielle Reaktion auf den Hilferuf. Fest steht jedoch, wer Brasiliens Wirtschaft in Ordnung bringen will, muß den galoppierenden Preisauftrieb zügeln. Diesem Ziel hat sich der neue Präsident des Landes, Fernando Collor de Mello, verschrieben, der die Inflation zum Feind Nummer eins seiner Regierung erklärt hat.

Ein Knoten wird geschürzt

Jose Marti ist in Kuba allgegenwärtig. In fast jeder Ortschaft gibt es eine Büste oder ein Porträt des 1895 im Kampf für die Unabhängigkeit gefallenen Nationalhelden. Über den Äther kommt er störfrei als Radio Marti aus Miami in den USA. Nun soll sein Name auch über die Bildschirme flimmern, ebenfalls aus den USA kommend und in spanisch sendend.

Das ist der Führung Kubas nun doch zu viel. Denn Fernsehen ist ein fester Bestandteil des Lebens der Kubaner. Schon mit Beginn der Sendezeit um sieben Uhr werden die Geräte eingeschaltet. Jetzt erwartet sie ein drittes Programm, das mit Sicherheit der Bevölkerung der Insel neben Unterhaltung auch eine kritische Bestandsaufnahme der zur Zeit nicht leichten Wirtschaftssituation der Insel und ein Kontrastprogramm zur Übertragung offizieller Veranstaltungen auf beiden Kanälen oder bei den derzeit zum Beispiel immer neuen Wiederholungen von Berichten über die Brasilienreise Fidel Castros bringen wird.

Die Fortschritte bei der Realisierung des von den USA im Verein mit den Exilkubanern verfolgten Projektes sind in Havanna aufmerksam verfolgt worden. Vor Beginn der Versuchssendungen brachte das hiesige Fernsehen einen Beitrag über den Aufbau von Störsendern an „strategischen Punkten" der Insel. Gezeigt wurde eine mobile Station der Armee. Ein Experte des Fernmeldeministeriums erklärte, diese sei in der Lage, auf jeder Frequenz und auf jedem Kanal den Empfang von TV Marti zu verhindern.

Mit dem Beginn der Probesendungen am Dienstag vergangener Woche setzte in Kuba eine Kampagne ein, wie sie in der DDR vor dem Oktober 89 auch üblich war. Tags darauf widmete die „Granma", die größte Zeitung des Landes, fast zwei Seiten Erklärungen und Stellungnahmen von Ministerien, Organisationen und Einzelpersonen zu diesem Thema. Der Tenor war gleich, denn der Tonfall war schon zuvor angegeben worden. Das Außenministerium sprach dann am Dienstag von einem „elektronischen Krieg" und einer „groben Verletzung der Souveränität". Während es für die USA derzeit wohl nur ein technisches Problem ist, wie der Ballon mit dem Sender in einigen Hundert Meter Höhe bei den ewigen Winden in der Straße von Florida stabilisiert werden kann, sieht es Kuba als eine ernste politische Frage, ja sogar als Teil der Vorbereitung einer möglichen Aggression.

Manches in den vergangenen Wochen hier in Havanna zu TV Marti Gesagte war nicht dazu angetan, die Lage zu beruhigen. Da war von einer Störung des Fernsehens bis in die USA hinein und auch von einem Abschuß des Ballons die Rede. Konkret hat man nun erst einmal zu politischen Mitteln gegriffen, beim Sicherheitsrat der Vereinten Nationen und bei der internationalen Fernmeldeunion ITU protestiert, weil bei den Versuchssendungen ein Kanal des kubanischen Fernsehens mitbenutzt wird, und um Hilfe bei den Nichtpacktgebundenen gebeten.

Eine Lösung ist noch nicht in Sicht. Von einem Kompromiß ist schon überhaupt nicht die Rede. Vielmehr hieß es in der Erklärung des Außenministeriums, Kuba sei bereit, „seine Souveränität und nationale Unabhängigkeit um jeden Preis zu verteidigen".

Und so wird dann auch die Bevölkerung mobilisiert. Eine der dazu dienenden Losungen lautet: „Kuba ist ein ewiges Baragua". Dort hatte sich 1878 General Maceo gegen ein Übereinkommen mit den damals in Kuba herrschenden Spaniern ausgesprochen und nur gelten lassen: Unabhängigkeit oder Kampf.

Tschechoslowakisches Parlament beschloß neue Staatsbezeichnung

Tschechoslowakische Föderative Republik (Ceskoslovenska Federativni Republika) und Tschecho-slowakische Föderative Republik (Cesko-slokenska Federativna Republika) lauten gleichberechtigt die neuen Staatsbezeichnungen der Tschechoslowakei in tschechischer beziehungsweise slowakischer Sprache. Das beschlossen die Abgeordneten des Parlaments in Prag. Nach einer mehrstündigen Debatte, hatte zunächst keiner der drei zur Abstimmung gelangten Vorschläge, die für eine Verfassungsänderung notwendige Drei-Fünftel-Mehrheit erlangt. Übereinstimmung bestand lediglich darin, daß Attribut „sozialistisch" aus dem Staatsnamen zu tilgen. Erst einem Schlichtungsausschuß gelang es, den mehrheitsfähigen Kompromißvorschlag auszuarbeiten.

Meinungsverschiedenheiten über die neue Staatsbezeichnung waren entbrannt, weil ein Teil der slowakischen Abgeordneten in den unterbreiteten Vorschlägen den Charakter des Staates als Föderation der Tschechischen und der Slowakischen Republik nicht ausreichend widerspiegelt fand.

Südafrikas Regierung nominierte Delegation zu Gesprächen mit dem ANC

Die südafrikanische Regierung hat in Johannesburg ihre Delegation zu den für den 11. April geplanten Gesprächen mit dem Afrikanischen Nationalkongreß (ANC) vorgestellt. Der unter Leitung von Präsident Frederik de Klerk stehenden Abordnung gehören sieben Minister und ein stellvertretender Minister an. Auf einer Pressekonferenz betonte Gerrit Viljoen, Minister für Verfassungsentwicklung, bei dem Treffen im April müßte größtmögliche Übereinstimmung darüber erzielt werden, wer in Zukunft am Verhandlungstisch sitzen soll. Diskutiert werden sollen auch von der Regierung noch nicht erfüllte Forderungen des ANC wie die nach Freilassung aller politischen Gefangenen und Aufhebung des Ausnahmezustands. Bedingung sei aber, daß der ANC sich klar für eine Verhandlungslösung ausspreche und auf Gewalt verzichte.

Unterdessen mehren sich in Südafrika kritische Stimmen zur Reformpolitik de Klerks. Vor dem Hintergrund der seit Tagen anhaltenden schweren Unruhen in der Provinz Natal, bei denen allein am vergangenen Mittwoch mindestens 16 Menschen starben, forderte die Konservative Partei (CP) Neuwahlen zum Parlament. CP-Sprecher Koos van der Merwe erklärte, die neue Welle von Unruhen gehe ausschließlich auf das Konto der Regierung, die den ANC wieder zugelassen und Nelson Mandela aus der Haft entlassen habe. Nach Auffassung der CP haben die Nationalpartei de Klerks keinen Wählerauftrag für „radikale Veränderungen" erhalten.

Pentagonchef unter Druck

USA-Verteidigungsminister Richard Cheney gerät bei seinen Versuchen, den Rüstungshaushalt 1990/91 ohne wesentliche Abstriche vom Kongreß bestättig zu erhalten, zunehmend unter Druck. Die Kritik einflußreicher Senatoren und Mitglieder des Repräsentantenhauses richtet sich gegen das Gesamtkonzept für die künftigen Rüstungsausgaben und spart weder die strategischen Nuklearwaffen noch den konventionellen Bereich aus.

Der Vorsitzende des Streitkräfteausschusses des Senats, Sam Nunn, hat in den ersten von vier angekündigten Auftritten während der Haushaltsdebatte im Kongreß gesagt, worum es geht. Die verringerte militärische Herausforderung durch die Sowjetunion müsse durch tiefere Einschnitte bei den amerikanischen Militärausgaben und eine Reduzierung der Truppenkontingente in Übersee beantwortet werden. Die Vorwarnzeit für die USA habe sich spürbar verlängert. Die These Cheneys, daß die Sowjetunion in kurzer Frist ihre Angriffsfähigkeit wieder erhöhen könnte, ist nach Ansicht von Senator Nunn nicht stichhaltig. Senator Carl Levin, der dem Ausschußvorsitzenden sekundierte, betrachtet den Minister als „ideologisch isoliert". Dafür hätten er selbst und jene Abgeordneten vom rechten Rand des Spektrums gesorgt, die Cheney als „letzten großen Falken" sehen möchten.

Die Möglichkeit, daß die Sowjetunion wieder zu einer militärischen Bedrohung für Westeuropa wird, ist nach Auffassung Nunns so gering, daß sie keinesfalls die weitere Existenz riesiger Armeen zum Schutz Westeuropas rechtfertigt. „Es wäre auch falsch anzunehmen, daß solche Streitkräfte genutzt werden könnten, auf Instabilität oder Krisen in Osteuropa und in der Sowjetunion zu reagieren", warnte der Senator. Das gelte auch für den Disput über Litauen.

Politische Beobachter in Washington sehen in diesem Hinweis eine Reaktion auf das Argument aus Regierungskreisen, daß die amerikanischen Streitkräfte in Europa für den Fall von Rivalitäten zwischen ehemaligen Vertbündeten des Warschauer Vertrags gebraucht würden. Das westliche Bündnis, so Nunn, sei niemals für einen solchen Zweck bestimmt gewesen noch politisch oder militärisch dafür ausgerüstet worden.

Nunn vertrat ferner die Ansicht, daß die sowjetischen strategischen Streitkräfte weiterhin eine potentielle Bedrohung der nationalen Sicherheit der USA darstellten, rügte aber die Administration, auch auf diesem Gebiet stark zu übertreiben. Richard Cheney habe es offensichtlich übersehen und deshalb im Kongreß unerwähnt gelassen, daß die Sowjetunion die Zahl ihrer Startrampen für strategische Raketen verringert, die Bomberproduktion stark gedrosselt und die von U-Booten und Flugzeugen unternommenen Patrouillen in unmittelbarer Nähe der USA-Küsten eingestellt hat.

In wenigen Zeilen

ISLAMABAD. Pakistan habe sich zur Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen bereiterklärt, um die Rückkehr der afghanischen Flüchtlinge in ihre Heimat und die Einrichtung von „Ruhezonen" in Afghanistan zu ermöglichen, berichtete die Regierungszeitung „Pakistan Times" unter Berufung auf einen Sprecher des Außenministeriums. Eine entsprechende Übereinkunft sei zwischen Premierministerin Benazir Bhutto und dem Koordinator der humanitären und ökonomischen Hilfe der UNO für Afghanistan, Prinz Sadruddin Aga Khan, in der vergangenen Woche in Islamabad erreicht worden.

MANAGUA. Fünf Soldaten der Sandinistischen Volksarmee wurden am vergangenen Wochenende im Norden Nikaraguas bei einem Überfall einer Contras-Einheit verletzt, fünf Contras wurden getötet. Dies teilte das Verteidigungsministerium in Managua mit. Bereits am Vortag hatten nach Informationen des Ministeriums Contras mit einer Attakke auf Regierungstruppen in der Nordprovinz Jinotega ein weiteres Mal den Waffenstillstand gebrochen, der nach den Wahlen vom 25. Februar einseitig von der Regierung verkündet worden war.

Rio-Gruppe für Volkswahlen in Panama

Die Außenminister von sieben lateinamerikanischen Staaten haben sich vorige Woche von Mexiko-Stadt aus für Wahlen in Panama ohne ausländische Einmischung ausgesprochen. Als Mitglieder der Rio-Gruppe äußerten die Repräsentanten Argentiniens, Brasiliens, Kolumbiens, Mexikos, Perus, Uruguays und Venezuelas nach zweitägigen Beratungen in einem Kommunique, daß erst Volkswahlen den demokratischen Prozeß in Panama legitimieren würden.

Die Mehrzahl der Mitglieder der Rio-Gruppe weigerte sich, die panamaische Regierung unter Guillermo Endara anzuerkennen, die mit dem Einmarsch von USA-Truppen im Dezember vergangenen Jahres an die Macht kam.

Besorgnis äußerten die Minister auch über die Bestrebungen der USA, ein spezielles Fernsehprogramm für Kuba auszustrahlen. Washington und Havanna wurden aufgefordert, die Streitigkeiten auf friedlichem Wege beizulegen.

Zur Förderung des Aussöhnungsprozesses

Der afghanische Präsident Dr. Najibullah hat in einem Erlaß die Rückgabe des vom Staat konfiszierten Eigentums an dessen Besitzer angeordnet. Bakhtar zufolge soll damit der Prozeß der nationalen Aussöhnung und der weiteren Verständigung zwischen den Bürgern Afghanistans gefördert werden.

Entsprechend dem Erlaß werden bisher unter Kontrolle des Staates stehende Mobilien und Immobilien in private Hand übergeben. Dazu gehören Grund und Boden, Betriebe, Handelshäuser und Verkaufsstellen, Geld einschließlich Devisen, Aktien und andere Wertpapiere. Der Erlaß legt Verfahren und Termine für die Übergabe fest.

Bei einem Treffen mit Präsident Najibullah haben Stammesälteste der Provinz Sare Pul ihre Unterstützung für die Politik der nationalen Aussöhnung bekundet und sich bereit erklärt, aktiv an der Herstellung des Friedens im Lande mitzuwirken. Der Staatschef rief sie auf, den Friedensdialog mit den Feldkommandeuren der Opposition zu erweitern.

APA: Ungarn plant Austritt aus dem Warschauer Pakt

Ungarn plant laut APA seinen baldigen Austritt aus dem Warschauer Pakt. Unter Berufung auf westliche Diplomaten am Rande der Wiener Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa (VKSE) schrieb dieser Tage die österreichische Nachrichtenagentur, das Land habe bereits „seit einiger Zeit eine Vorreiterrolle für eine Auflösung des östlichen Militärbündnisses übernommen". Ungarn hätte sich bis zuletzt offiziell zu seiner Mitgliedschaft im Warschauer Pakt bekannt, doch wollte Außenminister Gyula Horn eine Mitarbeit seines Landes an der politischen Zusammenarbeit der NATO nicht ausschließen.

Der Auflösungsprozeß innerhalb des Warschauer Paktes und die abwartende Haltung der Sowjetunion in der Deutschland-Frage habe zu „gewissen Verzögerungen" der VKSE geführt, die jedoch die geplante Unterzeichnung eines ersten Abkommens noch in diesem Jahr nicht in Frage stellten, wurde laut APA erklärt. Die VKSE seien auch nicht als Verhandlungen zwischen den beiden militärischen Bündnissen, sondern als Verhandlungen zwischen 23 souveränen Staaten angelegt. Die ungarische Delegation spreche bereits von „einer Gruppe von Staaten für die Zwecke dieses Vertrages".

...die Hinterbeine des Elefanten

Die Männer sind die Vorderbeine des Elefanten und die Frauen seine Hinterbeine. Dieses alte thailändische Sprichwort kann man zumindest auch so auslegen, daß das kräftige Tier ohne seine hinteren tragenden Säulen nicht voran käme. Thailands Regierung widmet der gesellschaftlichen Rolle der Frauen große Aufmerksamkeit. Ministerpräsident Chatichai Choonhavan steht selbst an der Spitze einer nationalen Kommission für Frauenfragen und hat eine Ministerin mit der Aufgabe betraut, für die Gleichstellung der Frauen auch die gesetzlichen und praktischen Voraussetzungen zu schaffen.

Obgleich Thailands Verfassung die Gleichberechtigung der Geschlechter garantiert und das Land 1985 auch die internationale Konvention über die Beseitigung aller Formen der Diskriminierung der Frau unterzeichnet hat, ist die Thailänderin in der Praxis dem Mann noch nicht gleichgestellt. Frauen dürfen zwar fast jeden Beruf ausüben, sie kennen die Mühen der Landarbeit, sind auf dem Bau und in Fabriken tätig. Nach Angaben des nationalen Büros für Statistik werden sie jedoch sowohl im privaten Sektor als auch in staatlichen Betrieben geringer entlohnt als männliche Arbeiter. 80 Prozent der Betriebsleiter sind Männer. Nur zehn der 300 Abgeordneten des Parlaments sind Frauen. Sie stellen weniger als ein Prozent der Gemeindebürgermeister. Keine einzige Frau steht an der Spitze eines Bezirks oder einer Provinz in Thailand.

Professor Vitit Muntatarbhorn von der juristischen Fakultät der Chulalongkorn Universität berichtete jüngst in einem Pressebeitrag, die erst im vergangenen Jahr gegründete Kommission für Frauenfragen beim Premierminister bereitete einige neue Gesetze vor, die die Gleichstellung zwischen Mann und Frau in Thailand fördern würden. So soll der bezahlte Wochenurlaub von 60 auf 90 Tage verlängert und Vätern die Möglichkeit eingeräumt werden, 15 Tage davon zu nehmen. Künftig soll auf dem Personaldokument auch der Familienstand vermerkt werden, was Bigamie verhindern könnte, und Frauen sollen das Recht erhalten, nach der Eheschließung weiter ihren Geburtsnamen zu führen.

Viele notwendige Maßnahmen stehen jedoch noch aus. Im gegenwärtigen 6. nationalen Entwicklungsplan Thailands (1987—91) sind die Förderung der Frauen am Arbeitsplatz, bessere Bildungschancen, Verbesserung des Gesundheitsschutzes und der Darstellung der Frau in den Massenmedien als Prioritäten genannt. Thailand verabschiedete sogar schon 1982 einen 20-Jahre-Entwicklungsplan für die Frau, der diese Schwerpunkte bis ins nächste Jahrhundert verfolgen soll. Solche Maßnahmen werden dazu beitragen, daß der thailändische Elefant in Zukunft auf vier stabilen Beinen voranschreiten wird.

Japan nimmt die Atomschiffahrt testweise wieder auf

Japans einziges atombetriebenes Schiff ist vorige Woche zum ersten Mal seit 16 Jahren wieder auf Testfahrt gegangen. So lange hatte der tiefe Schock der japanischen Öffentlichkeit über einen Unfall der „Mutsu" das Auslaufen dieses schwimmenden Reaktors verhindert. Im September 1974 war ein radioaktives Leck entdeckt worden, daß die Atomenergiebehörde Japans aus allen Träumen ließ, der drohenden Erdölkrise mit eigener Technik Widerstand zu leisten.

Seither wurde die „Mutsu" regelrecht versteckt, mußte mehrfach den Heimathafen wechseln und wurde zum Schluß lange Zeit gar nicht mehr gesichtet. In aller Stille tauschte man die meisten der 3 584 Plutonium-Brennstäbe aus, was die Kosten weiter erhöht hat. Allein der Bau kostete einst 7,3 Milliarden Yen, der dazu gehörige Hafen weitere 2,5 Milliarden Yen. Das ist alles noch nichts gegen die vorläufige Endrechnung von 101 Milliarden Yen, die sich inzwischen aus Bau-, Unterhalts- und Entschädigungskosten für die betroffene Fischereiwirtschaft summieren.

Ob sich dieser Aufwand je rentieren wird, kann die Atomenergiebehörde gegenwärtig kaum ruhigen Gewissens bestätigen. Die 100 Besatzungsangehörigen und Wissenschaftler, die mit der „Mutsu" von der nordjapanischen Aomori-Präfektur in See stachen, haben gemischte Gefühle. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird diese Fahrt auch die definitiv letzte des Atomschiffes werden, berichtet die Zeitung „Daily Yomiuri". Allein der Umstand, daß 70 Polizeiboote die „Mutsu" bei ihrem Auslaufen von erbosten Fischern schützen mußten, spricht dafür, daß die japanische Öffentlichkeit für solche nach ihrer Meinung gefährliche Abenteuer auch heute noch kein Verständnis hat.

Die Auswahl „Panorama" wurde aus den Materialien TASS und ADN vorbereitet.

Schiffssirenen tönen zu ihrem Andenken

Die Mitarbeiter der Gebietsanwaltschaft von Semipalatinsk und der Verwaltung des Komitees für Staatssicherheit überprüfen archivierte Untersuchungssachen aus den 30er bis 40er und Anfang der 50er Jahre betreffs der unbegründet repressierten und schuldlos angeklagten Bürger, die damals im Gebiet Semipalatinsk gelebt hatten. Es wurden schon 1217 Fälle betreffs 1957 Personen überprüft, die nicht durch Gerichtsorgane, sondern durch die „Dreierausschüsse" und „Sonderberatungen" repressiert sowie 610 Fälle betreffs 810 Personen, die von Gerichten unbegründet verurteilt worden waren.

Unter denjenigen, die in jenen Jahren ungesetzlich leiden mußten, waren unter anderem die Mitarbeiter der Binnenschiffahrt Werchne-Irtyschsk. Massenverhaftungen leitender Mitarbeiter wurden vorgenommen auf die Beschuldigung hin, angeblich mit dem japanischen Spionagedienst in Verbindung gestanden zu haben und an der Gründung eines rechtstrotzkistischen Bloks, der Leistung von Schädlingsarbeit und der Sabotage beteiligt gewesen zu sein. Nun wurde der ehrliche Name des Chefs der Binnenschiffreederei von Werchne-Irtyschsk A. A. Rogoshin, des Planwirtschaftlers M. P. Jerjomin, des Chefbuchhalters I. F. Tupizyn, des stellvertretenden Chefs des Schiffmechanikerdienstes A. P. Sawjalow und vieler anderer durch deren Rehabilitierung wiederhergestellt.

Die Überprüfung der mit Repressalien verbundenen Fälle geht weiter. Als Andenken an die aus dem Leben schuldlos Geschiedenen sind über dem greisen Irtysch oft aufregende Schiffssirenen zu hören.

Unsere Bilder: Erst nach einem halben Jahrhundert erfuhren Irina und Valeri Tupizyn, die Tochter und der Sohn Iwan Tupizyns, vom Schicksal ihres Vaters, der 1938 repressiert worden war. Er war auf Beschluß eines „Dreierausschusses" erschossen worden. Die Überprüfung der aufbewahrten Straf-Untersuchungssachen über rechtswidrig Repressierten führen die erfahrenen Spezialisten, die Unterstaatsanwalte des Gebiets A. Choroschilow (v. l. n. r.), K. Abilpanow sowie der Obergehilfe des Staatsanwalts A. Mljawin.

Große Arbeit zu Sammeln von Materialien über die Jahre der Repressalien für das Museum des Kampf- und Arbeitsruhmes in der Binnenreederei von Werchne-Irtyschsk leistet dessen Direktor M. Fischmann. Ein Betriebsveteran, begann er hier 1935 als Chef einer Funkstation zu arbeiten. Nach den schweren Kriegsjahren kehrte Fischmann in die Binnenschifreederei zurück und arbeitete dort bis zum Übergang in den Ruhestand. Manche der gesetzwidrig Verurteilten hatte er persönlich gekannt. Unter ihnen war auch der Mechanikergehilfe Alexej Tschumitschkin vom Dampferschiff „Mirsojan" gewesen, der 1937 wegen „Sabotage" zu zehn Jahren verurteilt worden war. Heute ist dieser Mann um die 80. Manchmal treffen sie sich hier, im Winterhafen der Binnenreederei, wo ihre Jugend vergangen ist.

Fotos: KasTAG

Einem Leserbrief auf der Spur

Eine verzwickte Situation

In der Redaktion traf ein Brief ein: Die Rentnerin Helene Sagorejewa bat, die Gerechtigkeit gegenüber ihrem Sohn, dem Kandidaten der Wissenschaften Konstantin Sagorejew wieder herstellen zu helfen. Seinerzeit war er Schuldirektor, Leiter der Gebietsabteilung Volksbildung, unterrichtete an der Zweigstelle des Leningrader Unionsinstituts für Qualifizierung von technischen Berufsausbildern in Petropawlowsk. Heute hat er den bescheidenen Posten des Methodikers der Stadtabteilung Volksbildung mit einem Monatsgehalt von 180 Rubel inne. Die Briefschreiberin ist der Ansicht, daß die Ursache der jetzigen Situation, in die ihr Sohn geraten ist, auf ihre nationale Zugehörigkeit zurückzuführen sei (Frau Sagorejewa ist eine geborene Kalembach). Die zweite Ursache liegt in Konstantins Charakter: Er kann angesichts von Ungerechtigkeit und Gesetzlosigkeit nicht schweigen.

Es sei betont, daß der Brief in einem heftigen Ton verfaßt war. Man fühlte sofort, daß seine Verfasserin viel erleiden mußte. Warum aber wandte sich die Mutter und nicht der Betroffene selbst an die Redaktion? Zur Beantwortung dieser Frage muß man wenigstens kurz das Schicksal der Frau umreißen.

Sie wurde auf der Krim geboren. Ihr Vater, Christian Kalembach, war einer der aktivsten Teilnehmer an der Errichtung der Sowjetmacht in dieser Gegend und später Kolchosvorsitzender. Vor dem Krieg heiratete Lenchen den russischen Burschen Gennadi Sagorejew. Als der Krieg hereinbrach, ging er an die Front, und sie blieb mit dem Brustkind allein. Im September 1941 wurden ihr Vater und ihr Bruder in die Arbeitsarmee einberufen. Lene hätte als Frau eines Frontsoldaten auf der Krim bleiben dürfen, beschloß aber das Schicksal ihrer Angehörigen zu teilen. Lang und schwer war der Weg nach Nordkasachstan. Das Leben am neuen Ort ließ sich nur mit großer Mühe einrichten.

In jenen Jahren lebte sie wohl nur nach dem einen Ziel — den Sohn großzuziehen, ihn vor Hunger und Krankheiten zu schützen.

Nach dem Krieg wurde sie von ihrem Mann aufgefunden. Allerdings nun von ihrem einstigen. Denn nach langem Suchen hatte Gennadi die Hoffnung aufgegeben, Frau und Sohn wiederzufinden, und hatte eine neue Familie gegründet. Er schlug Lene vor, auf die Krim zurückzukehren, versprach ihr tatkräftigen Beistand, kurz und gut, er handelte ehrlich. Doch Lene beschloß, ihr Kreuz allein zu tragen. Sie hatte nur ein Ziel — ihrem Sohn auf die Beine zu helfen.

Konstantin war von Kind auf fleißig und hatte einen hellen Kopf. Nach der Schule absolvierte er das Institut, bezog die Aspirantur und wurde Kandidat der Wissenschaften. Die Mutter hätte sich freuen können, aber ihr Sohn erlebte auf der Arbeit eine Unannehmlichkeit nach der anderen, was sie in ihren schon nicht mehr jungen Jahren sehr betrübte. So kam es zu dem Brief an die Redaktion.

„Dieser Konflikt ist in bestimmten Kreisen von Petropawlowsk gut bekannt. Viele Menschen im Gebietszentrum kennen Konstantin Sagorejew: Bester der Volksbildung, 29 Arbeitsjahre als Pädagoge, ausgezeichnete Beurteilungen von den Arbeitsstellen.

Unser Gespräch mit Konstantin Sagorejew begann in ruhigen Tönen. Wir beschlossen, dem Wesen seiner Klagen gemeinsam auf den Grund zu gehen. Es stellte sich heraus, daß er bereits verschiedene (darunter auch sehr hohe) Instanzen angegangen hatte. Von dort kehrten seine Schreiben nach dem sattsam bekannten Schema wieder an die örtlichen Behörden zurück. Im Bezirksparteikomitee fand er keine Unterstützung. Mehr noch, nach der Aussage Sagorejews setzte hier seine Verfolgung ein. Besonders verübelt er es dem Ideologie-Sekretär des Gebietsparteikomitees N. Iwanowa, die, wie Sagorejew behauptet, seine Anliegen nicht einfach ignoriert, sondern sich an ihm für die Wahrheit rächt.

Doch alles schön der Reihe nach. Vor zehn Jahren war Konstantin Sagorejew seiner Pflichten als Leiter der Abteilung Volksbildung entbunden worden. Sagorejew selbst behauptet, er hätte wegen seines Neuerertums in der Arbeit leiden müssen: Die konservativ gesinnte Obrigkeit mochte keine Neueinführung. Sagorejews Opponenten sind jedoch der Meinung, daß er seinen Pflichten einfach nicht nachkam. Heute nach so vielen Jahren, ist es nicht leicht, festzustellen wessen Behauptung der Wahrheit näher liegt. Doch eins ist klar: Die Beziehungen zwischen der Führung des Gebiets und Sagorejew hatten einen Riß bekommen, und er beschloß Kasachstan zu verlassen.

Auf der Krim, wo Konstantins Verwandte leben, ließ er sich in einem Dorf nieder. Man vertraute ihm den Posten eines Schuldirektors an. Es zog ihn aber zurück in das ferne Kasachstan, wo seine Mutter geblieben war, und er siedelte wieder um. Ein Jahr lang arbeitete Sagorejew in der Pädagogischen Hochschule Koktschetaw. Die Arbeit, die er dort machte, gefiel ihm sehr. Nur eine Tatsache betrübte ihn — es gab keine Aussichten auf eine Wohnung. Sagorejew ging das Ministerium für Volksbildung der Republik an, ihn ins Pädagogische Institut Petropawlowsk überzuführen. Im Ministerium zeigte man Verständnis dafür. Die Überführung war praktisch geregelt, aber...

Da beginnt der zweite Teil der „Streitigkeiten" Sagorejews mit seinen Opponenten. Er ging nicht ins pädagogische Institut. Als er erfuhr, daß es am Lehrstuhl für Pädagogik in der Petropawlowsker Außenstelle eines Leningrader Weiterbildungsinstituts eine Vakanz gibt, beschloß er, sich um diese Stelle zu bewerben.

Nicht ohne Schwierigkeiten wurde Sagorejew dennoch in den Lehrkörper der Zweigstelle aufgenommen, denn dazu war die Zustimmung des Instituts notwendig, dessen Leitung sich in Leningrad befand. Auf eigene Verantwortung hin erließ der damalige Direktor der Außenstelle die Anordnung über die Einstellung Sagorejews. Allerdings mußte diese Anordnung später aufgehoben werden. Das tat schon der neue Direktor Kortschewski. Nachdem aus Leningrad die Zustimmung für Sagorejews Einstellung kam, erließ der Direktor eine andere Anordnung, jetzt schon eine ganz legitime.

In der Außenstelle des Instituts arbeitet Sagorejew ein Jahr lang. An seiner Arbeit hatten sowohl die Leitung als auch die Kollegen nichts auszusetzen. Aber bald mußte Konstantin das Institut verlassen. Was war die Ursache?

Es spricht Andreas Schuhmann, stellvertretender Direktor der Außenstelle des Instituts für Qualifizierung von technischen Berufsausbildern: „Im Laufe des Lehrjahres erinnerte ich Konstantin Gennadjewitsch wiederholt daran, daß er ein Gesuch über die Teilnahme am Wettbewerb um die Besetzung seines Postens einreichen soll. Unsere Hochschullehrer bekleiden ihre Posten auf Wettbewerbsgrundlage. Sagorejew aber unterließ das Einreichen eines solchen Gesuchs und bestand auf einer Vergrößerung seines Gehalts. Ich erklärte ihm, daß Letzteres unmöglich sei, weil seine Arbeitsdauer als Pädagoge dafür nicht ausreiche. Die Zeit verrann, das nötige Gesuch kam aber von Sagorejew nicht. Er verlangte, dieser Wettbewerb solle erst mal in der Zeitung bekanntgegeben werden (was dann auch getan wurde). Darauf stellte er wieder irgendwelche Ansprüche. Als alle zulässigen Fristen abgelaufen waren, waren wir genötigt, ihm ade zu sagen..."

War denn ein Kompromiß tatsächlich unmöglich? Diese Frage richtete ich an Tulegen Gaisin, Oberinspektor für Arbeitsrecht in Gebietsgewerkschaftsrat.

„Leider nicht", behauptet Gaisin. „Sagorejew ist seiner Pflichten entbunden worden, weil er die Eignungsprüfung nicht ablegen wollte. Die Teilnahme am Wettbewerb ist keine Grille, sondern eine obligatorische Bedingung für die Arbeit im Institut."

Nach dem Vorfall in der Außenstelle unternahm Konstantin Sagorejew den Versuch, Anstellung am Pädagogischen Institut von Petropawlowsk zu bekommen. Aber auch hier erlitt er ein Fiasko. Das Kollektiv des Instituts äußerte sich fast einstimmig gegen die Einstellung Sagorejews. Heutzutage hat ja das Kollektiv das Recht, sein Wort mitzusprechen. Wie objektiv und nützlich dessen Entscheidungen sind, ist schon eine andere Frage.

Die Beschwerden und Bitten, mit denen Konstantin Sagorejew verschiedene Instanzen angeht, haben ihm vorläufig nicht geholfen, seine Probleme zu lösen. Er arbeitet nach wie vor als Methodiker in der Stadtabteilung Volksbildung mit einem bescheidenen Monatsgehalt. An seinem ganzen Mißgeschick beschuldigt Sagorejew die Amtsleute und Bürokraten, die „ideologischen Diversanten" (so tituliert er drastisch seine Opponenten), die es sich in ihren Büros bequem gemacht haben und begabten, prinzipienfesten Menschen das Leben vergällen. Auch eine weitere Ursache für seine heutige Lage nennt Sagorejew beharrlich:

„Uns Deutschen versperrt man überall den Weg..."

Daß das Verhalten gegenüber Menschen deutscher Nationalität in unserem Vaterland nicht immer das wärmste war, ist zur Genüge bekannt. Aber in diesem Fall, so glaube ich, hat Konstantin Gennadjewitsch gegen die Wahrheit verstößen. Auf diesen Gedanken komme ich keinesfalls, weil er in seinem Personalausweis als Russe steht. Der schon genannte Andreas Schuhmann war aufrichtig verwundert, nachdem er diesen Standpunkt Sagorejews erfahren hatte. Der Titel „Bester der Volksbildung", die zahlreichen positiven Beurteilungen, die Sagorejew seinerzeit erhielt, waren von Menschen verschiedener Nationalitäten unterzeichnet. Außerdem teilt der bürokratische Leitungsapparat, den Sagorejew für seinen Erzfeind hält, seine „Opfer" gewöhnlich nicht nach nationalem Merkmal ein. Was die Beamten am meisten reizt, das sind Sagorejews Beschwerden an die höherstehenden Instanzen, seine Beharrlichkeit dabei. An und für sich eine beneidenswerte Eigenschaft, die Beharrlichkeit, aber Gerechtigkeit sollte man immer auf ehrlichem Wege erlangen. Andernfalls ist solch ein Kampf unmoralisch.

Zum Abschied bat ich Sagorejew, exakt seine Forderungen zu formulieren.

„Bitte schön, notieren Sie: Erstens fordere ich Arbeit nach meinem Beruf. Zweitens stehe ich schon seit 1975 in der Liste der Wohnungssuchenden, die Frage wird aber nicht gelöst".

Es sind durchaus gerechte und gesetzliche Forderungen. Ich bin der Meinung, das Gebietskomitee der Partei, deren Mitglied Sagorejew schon mehrere Jahrzehnte ist, könnte ihm dabei durchaus behilflich sein. Selbstverständlich könnte der Konflikt auch schneller geschlichtet werden, wenn Konstantin Gennadjewitsch weniger dünkelhaft wäre. Dann brauchte sich die Frau, die solch ein schweres Leben hinter sich hat, für ihren Sohn nicht in der geschilderten Weise einzusetzen.

Alexander DORSCH,
Korrespondent
der „Freundschaft"
Petropawlowsk

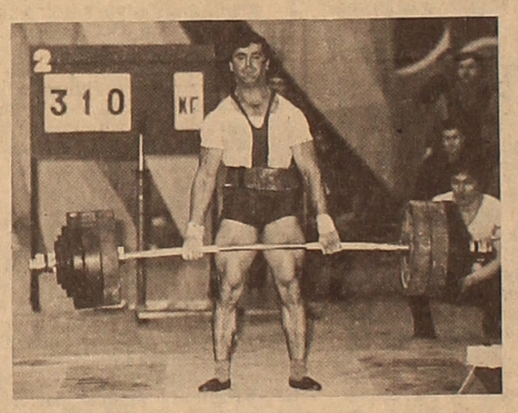
Rehabilitierungszentrum zur Förderung künstlerischer Fähigkeiten

Ein Unions-Rehabilitationszentrum zur Förderung künstlerischer Fähigkeiten ist in Moskau gegründet worden. Es entstand auf Initiative von Andrej Mekke, Dozent an der Moskauer Theaterschule „Boris Stschukin". Dem Vorstand dieser gesellschaftlichen Organisation gehören der Minister für Kultur der UdSSR, Nikolai Gubenko, und Volksdeputierte der UdSSR an.

Gründer des Rehabilitationszentrums sind das Ministerium für Kultur der UdSSR, die gesamtrussische Invalidengesellschaft, der sowjetische Fonds für Milde tätigkeit und Gesundheit und der Fonds der UdSSR für soziale Erfindungen.

Im Rahmen des Rehabilitationszentrums wird eine Hochschule für Künste eröffnet, die Abteilungen für Theaterkunst, für bildende Künste, für Musik und für plastische Bewegungen haben wird.

(TASS)



Ist es schwer?

Anfang März fand in der Stadt Tscherkassy die zweite Meisterschaft im Gewichtheber-Dreikampf statt. Daran beteiligte sich auch die Mannschaft aus Kasachstan. Sie belegte den vierten Platz. Der Gewichtheber-Dreikampf umfaßt drei Übungen — das Kniebeugen mit der Hantel auf der Schulter, das Drücken der Hantel liegend und das Ziehen der Hantel im Stehen. Das ist ein Mittelding zwischen athletischer Gymnastik und Schwerathletik. Im Januar dieses Jahres wurde die Föderation für Kraftathletik der UdSSR in die Weltföderation aufgenommen. Die erstere existiert seit 1987. Im Herbst dieses Jahres wird sich unsere Mannschaft an der Weltmeisterschaft in dieser Sportart beteiligen.

Auf den Bildern: Wladimir Schkiermann aus Uralsk stellte einen Rekord der UdSSR im Ziehen der Hantel im Stehen auf, wobei er 310 kg hob. Er selbst wiegt 82,5 kg; Alexander Elhof gelang es, mit der 275 kg schweren Hantel auf den Schultern aus dem Sitzen sich wieder aufzurichten.

Sergej KORSHOW
Tscherkassy

Fotos: Valeri Matwejew

Aus unserem Kulturerbe

Die Chortitzer Mennoniten

von

D. H. Epp

Odessa 1889

27. Folge

(Bei Ergänzung der ganz verblichenen Stellen des Originals dürfte es weiter also heißen): „und wäre Peter Dyck aus Schöneberg für „diesen Posten zu wählen, welchen ich nicht nur als Gründer „und Leiter der Ansiedlung ansehe, sondern weil ich ihn als einen Mann habe kennen gelernt, der sich nur im Interesse der „Ansiedler und nie für sich selbst bei mir bemühte."

Dyck ist denn auch tatsächlich zum ersten Obervorsteher gewählt worden und hat, obgleich er keine gesetzliche Macht besaß, mit großem Erfolge gewirkt. Er bereiste oft die Dörfer und spornte durch Lob die Ansiedler zum Bau der Häuser und zur Anpflanzung der Obstgärten an, für welche sich der Boden daselbst ganz besonders eignet. Dem thatkräftigen Handeln dieses Bruders ist es zu verdanken, daß sich diese Kolonie allmählich zu allgemeinem Wohlstande emporgeschwungen hat. Freilich hat der Segen des Himmels das Seinige dazu gethan.

Mit der Besiedlung des großfürstlichen Landes mag die Landfrage im Chortitzer Besitz selbstverständlich nur zeitweilig erledigt. Die Mutterkolonie mußte schließlich selbst Hand an's Werk legen und Platz zu ferneren Ansiedlungen schaffen. Dies geschah 1868 durch Ankauf des gräflich Koskulschen Gutes (7 351 Dessät.) für 240 000 Rbl.

Besonders günstig war die Besiedelung desselben seiner Nähe wegen (ungefähr 25 Werst von Chortitz).

Vier neue Dörfer: Nikolaifeld, Franzfeld, Eichenfeld und Adelsheim, zusammen mit 147 Wirtschaften à 50 Dess., wurden sofort angelegt. Gerade, breite Straßen, gute Bauten und sorgfältig gepflegte Obstgärten kennzeichnen dieselben und teilweise wohl auch den Wohlstand der Bewohner. Diese Dörfer, zusammen mit dem seit cirka 35 Jahren bestehenden Petersdorf und dem nachher gebauten Hochfeld (Hierunter sind die auf dem vom Fürsten Repnin gekauften Lande angesiedelten Dörfer zu verstehen) haben in administrativen Beziehung eine eigene Verwaltung: sie bilden die Nikolaifelder Wolost.

1870 pachtete man das Selfarsche Land im Jekaterinoslawschen Kreise zum Anlage fünf neuer Dörfer: Steinau, Blumenfeld, Hamburg, Neuebergthal und Hoffnungsort, zu je 40 Feuerstellen à 50 Desätt. In den ersten 10 Jahren betrug die jährliche Pacht 2 Rbl pro Dess. — Der zweite Kontrakt läuft mit dem nächsten Jahre ab. Sollen die daselbst angelegten Dörfer sich nicht auflösen, muß das Land wieder gepachtet werden. Hoffentlich wird solches möglich sein.

Im Jahre 1871 kaufte dann die Mutterkolonie im Werchnednieprowschen Kreise des Gouvernements Jekaterinoslaw von der Fürstin Repnin 3 644 Dess. für 120 252 Rbl. Dieses Land bot zu zwei Dörfern, Neu-Chortitz und Gnadenthal, zusammen mit 74 Wirtschaften, den notwendigen Platz. Die Besiedelung erfolgte erst im nächsten Jahre.

1872 erstand man zuerst 1 500 Dess. à 47 Rbl. von der Gutbesitzerin Jewgenija Morosowa, auf dem das obengenannte Neuhochfeld mit 30 Feuerstellen gegründet wurde, und dann im Dezember desselben Jahres weitere 4 187 Dess. im Werchnednieprowaschen Kreise vom Gutsbesitzer Stepan Michailowitsch Schlachtin für 167 480 Rbl. Hier wurden die beiden Dörfer Grünfeld und Steifeld mit je 40 Wirtschaften angelegt. Die Baratower und Schlachtinger Dörfer gehören russischen Wolosten an.

Zuletzt hat die Mutterkolonie in diesem 1888sten Jahre ein größeres Landstück von der Gräfin Ignatjewa gekauft. Dasselbe liegt im Bachmutschen Kreise, Gouvern. Jekaterinoslaw und faßt 14 159 Dessät. 8 neue Dörfer finden daselbst Platz. Fast 1 Million Rubel muß dafür gezahlt werden. Die Besiedelung dieses neuen Planes wird mit dem Frühlinge des nächsten 1889sten Jahres beginnen.

Außer diesen obenbeschriebenen größeren Ansiedlungen gibt es an verschiedenen Orten noch einzelne kleine Dörfer und Niederlassungen auf Pacht- oder eigenem Lande, zudem zahlreiche Gutsbesitzer. Auch in den umliegenden Städten so in Jekaterinoslaw, haben von je her einige Glaubensgenossen gewohnt.

Die Mennoniten und die allgemeine Wehrpflicht

Die Anstrengungen der Mennoniten zur Wahrung der Gewissensfreiheit

Im Jahre 1871 war es, als zuerst die Kunde der von der bevorstehenden Einführung der allgemeinen Wehrpflicht durch die Zeitungen der Reichshauptstadt zu uns herübendrang. Natürlich rief diese Nachricht bei den meisten Bestürzung und Schrecken hervor, weil bei konsequenter Durchführung dieses Gesetzes sich die Aufhebung der durch das Bekenntnis von der Wehrlosigkeit bedingten Sonderstellung der Mennoniten von selbst ergeben mußte — Sollte denn aber wirklich das vom Kaiser Paul gegebene und von seinen Nachfolgern so lange noch anerkannte Privilegium für null und nichtig erklärt werden? Unmöglich konnte sich das liebende Herz des Landesvaters so plötzlich von seinen mennonitischen Kindern abgewandt haben und Pflichten von ihnen heischen, die mit ihrem Gewissen nicht zu vereinigen waren. Immerhin ließen sich die bangen Sorgen nicht so leicht wie eine lästige Fliege verscheuchen.

(Fortsetzung folgt)

Programmvorschau des Deutschen Radios Alma-Ata

In der Sendung am Dienstag erteilen wir das Wort unseren Eigenkorrespondenten. Ihre Reportagen aus den Landwirtschaftsbetrieben, und zwar aus dem Sowchos „Sowjetski" im Gebiet Nordkasachstan und dem Sowchos „Jamyschewski" bei Pawlodar, sind dem Pachtvertrag gewidmet, der bei uns so schwer auf die Beine kommt. Probleme, die den Pächtern im Wege stehen, kommen in diesen beiden Berichten offen zur Sprache.

Zum Schluß informieren wir wieder einmal über die kommenden Ausgaben der „Freundschaft".

Aktuell verspricht auch die Abendsendung am Mittwoch zu sein. Ich meine da die Unterhaltung mit dem Pastor der lutherischen Gemeinde im Dorf Nowaja Schulba, Gebiet Semipalatinsk. Es ist endlich die Zeit gekommen, wo wir uns so etwas offen leisten können. Um so mehr am Vorabend des Osternfestes. Und das ist gut so, weil Dinge, über die Alexander Meser spricht, uns allen am Herzen liegen: Liebe, Herzensgüte, Fürsorge — all das, wonach sich jeder Mensch im Leben richten muß. Ich glaube, das Gespräch um 21.30 Uhr Alma-Ataer Zeit wird für jedermann nützlich sein und zum Nachdenken anregen.

In der Donnerstagssendung können wir die Poesiefreunde zufriedenstellen, besonders diejenigen, die sich für das Schaffen von Hermann Arnhold interessieren. Eigentlich gehen wir damit ihren dringenden Bitten nach, die Sendung mit den schönen Gedichten Hermann Arnholds zu wiederholen. Gerne tun wir das und freuen uns, daß unsere Interessen zusammenfallen.

In der Freitagssendung wird es manches zum Mitdenken und Mitfühlen geben, da es sich um unsere bejahrten Mitbürger handelt. Bekanntlich leben gegenwärtig in unserem Land etwa 5,8 Millionen Rentner — meistens Menschen, die all ihre Kraft, Gesundheit und ihr Leben dem Aufbau unserer Gesellschaft hingegeben haben. Wie geht es ihnen, was für ein Dankeschön haben sie von der Gesellschaft zu erwarten? Denn bei vielen von ihnen macht die Rente 40 bis 60 Rubel aus, manchmal sogar noch weniger. Davon kann man nicht ohne Herzensschmerzen reden. Es fragt sich dann, ob ein Staat sich human und zivilisiert nennen kann, der sich um seine Bürger, nachdem er sie ausgepreßt hat, nicht kümmern mag. Auf diese Gedanken bringt uns unter anderem die Reportage von Irmtraud Warkentin.

Am Freitag setzen wir auch, wie versprochen, das Thema „Auf dem Wege zur Wiedervereinigung" fort. Es geht über die Lage in den beiden deutschen Staaten. Diesmal bieten wir Ihnen, werte Zuhörer, ein Gespräch mit dem DDR-Bürger Seriosha Schmittinger, der hier in Alma-Ata bei seinen Freunden neulich zu Besuch war. Ich glaube, diese Unterhaltung wird für Sie von Interesse sein.

Der Samstag bringt wie immer viele Grüße und Glückwünsche für die nächsten Angehörigen unserer Hörer mit sich, dazu schöne Musik.

So sieht in Kürze der Sendeplan dieser Woche aus. Ich wünsche Ihnen viel Spaß!

Harry WEDEL,
Redakteur der deutschen Abteilung Radio Alma-Ata

Chefredakteur
Konstantin EHRLICH

Unsere Anschrift:
Казахская ССР,
480044, Алма-Ата
ул. М. Горького 50,
4-й этаж

Vorzimmer des Chefredakteurs — 33-42-69, stellvertretende Chefredakteure — 33-92-91, 33-38-53; Redaktionssekretär — 33-37-77, Sekretariat — 33-34-37; Abteilungen: Ideologische Massenarbeit — 33-38-69, 33-38-04; Ökonomik — 33-35-09; Wirtschaftsinformation — 33-25-02; Volksbildung — 33-37-62; Kultur — 33-43-84; Leserbriefe — 33-48-29, 33-33-96, 33-32-33; Literatur — 33-38-80; Stilredakteur — 33-45-56; Übersetzungsbüro — 33-26-62; Schreibbüro — 33-25-87; Korrektoren — 33-92-84.
Unsere Korrespondentenbüros: Dshambul — 5-19-02; Kustanai — 5-34-40; Pawlodar — 46-88-33; Petropawlowsk — 6-53-62; Zelinograd — 2-04-49.

«ФРОЙНДШАФТ»
ИНДЕКС 65414

Выходит ежедневно, кроме воскресенья и понедельника

Ордена Трудового Красного Знамени типография Издательства ЦК Компартии Казахстана 480044, пр. Ленина, 2/4

Газета отпечатана офсетным способом

Объем 2 печатных листа

М 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10
П 1 2 3 4 5 5 6 7 8 9 10

УГ 01063 Заказ 11909